

grünes blatt



Gebt den Flüssen ihren Raum!



Nach dem Hochwasser im August 2002 waren eigentlich die Ausbaupläne für die Elbe ad Acta gelegt, aber quasi über Nacht erlangten sie mit der Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans (siehe Infobox Seite 3) wieder eine hohe Aktualität.

Für den Elbe- Saale-Kanal, der zwischen den Ortschaften Calbe und Barby verlaufen soll, sind 80 Mio. Euro eingeplant. Damit soll der kurvenreiche Verlauf auf den letzten Kilometern vor der Mündung der Saale in die Elbe geradlinig umgangen werden. Die Pläne beinhalten eine durchgehende Schiffbarmachung der Saale für Europaschiffe. Zu befürchten ist damit ein schleichender Einstieg in den Elbeausbau.

(dazu mehr auf Seite 3)

Aus dem Inhalt:

Flussbau Seite 3

Widerstand & Visionen Seite 6

Termine-Online.NET Seite 8

Projektwerkstatt Saasen Seite 14

Moratorium am Ende Seite 18

Naturschutzkampagne Seite 20



Inhaltsverzeichnis

Geht den Flüssen ihren Raum Seite 1

Erneute Pläne zum Flussbau in Sachsen-Anhalt Seite 3

Naturschutzgebiete entlang der Elbe - Exkursion in die Kreuzhorst Seite 4

Elbe-Saale-Camp für den Erhalt lebendiger Flüsse Seite 5

Kriegsbeginn in Magdeburg Seite 5

Widerstand & Vision: Die demokratische "Disziplinierung" Seite 6

"Rettet die Umwelt! Es ist eure Zukunft!" - Greenkids Seite 7

Terminatenbank für politische Gruppen: Termine-Online.NET Seite 8

Bericht vom "Regenerative Energien"-Seminar Seite 9

Der Sofortausstieg ist möglich! Seite 10

BfS-Studie über Krebshäufigkeit an AKW-Standorten in Auftrag Seite

"Löwenzahn" in die Budenberg-Villa? - Antipathie für die Jugend Seite 12

BOLINOs cyclcommission_03:.. Duales System manipuliert Kinder Seite 13

10 Jahre F...ektw...rkstatt Saasen Seite 14

Terror! Seite 14

So geht Politik ... Umweltschutz zum Herrschaftsausbau Seite 15

Plutonium und das Kartell des Schweigers Seite 16

17 Jahre danach - Tschernobyl mahnt Seite 17

Moratorium am Ende Seite 18

Termine, Veranstaltungen und Aktionen/Adressen Seite 19

Die Naturschutzkampagne der Greenkids Seite 20

UNENTBEHRLICH FÜR JEDEN STAATSBÜRGER, DEM ES ERNST IST MIT FREIHEIT UND DEMOKRATIE!! DAS BUCH:

ES LEBE DER STAAT! VON DR. R. ACHZSTAAT

↓ WICHTIG FÜR ALLE DEMOKRATEN

↓ DIE WAHRHEIT ÜBER UNSEREN STAAT. OBJEKTIV UND SACHLICH!

↓ ZUTREFFENDES TRITTE ANKREUZEN

○ JA WOLL, ICH BIN VON UNSERER FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHEN GRUND-ORDNUNG BEGEISTERT UND BESTELLE ZUM 1-MALIGEN SONDERVORZUGS-RABATT-PREIS VON 99,90 DM, ZAHLBAR IN EINER BEQUEMEN, WINZIGEN MONATS-RATE VON SÄGE + SCHREIBE KAUM 99,90 DM DAS BUCH "ES LEBE DER STAAT" VON DR. R. ACHZSTAAT:

○ NEIN, ICH BIN ANHANGER VERFASSUNGSFEINDLICHER BESTREBUNGEN UND WILL VON IHREM BUCH NICHTS WISSEN:

RECHTVERBÄNDLICHE INTERESSEN

NAME, SAMT VORNAMEN: _____

ADRESSE: _____

GEB TAG U. ORT: _____

PASS/BPA - NR.: _____

UNVERÄNDERL. KENNZ. _____

AUSSCHNEIDEN UND EINSCHLEIEN AN: TEUTONIA-VERLAG WUNSIEDER, ELBERG FELD, ASENHAUER WEG 66a.

Das grüne blatt erscheint im Selbstverlag und ist eine Zeitschrift von Jugendlichen für Jugendliche und Junggebliebene.

Impressum

Herausgeber:

Greenkids Magdeburg e.V.
 Postfach 32 01 19
 39040 Magdeburg
 Tel.: 01 62/78 68 204
 E-Mail: mail@gruenes-blatt.de
 www: www.gruenes-blatt.de

Hausanschrift:
 Alte Feuerwache Buckau
 Thiemstr. 20
 39104 Magdeburg

Spendenkonto:
 Stadtparkasse Magdeburg
 KNr.: 30 120 859
 BLZ: 810 532 72

Mitwirkende Organisationen:

BUNDjugend Sachsen-Anhalt
 NAJU Sachsen-Anhalt
 Öko-Zentrum und -Institut Magdeburg e.V.

Redaktion:

Susann Baehs (sb), Falk Beyer (fb, V.i.S.d.P.), Jonas Lähnemann (jol), Evelyn Mkrjan (evi), Katrin Risch (kr), Joris Spindler (jos), David Lähnemann (dal), Hartwig von Bach

Fotos:

Falk Beyer, Greenkids-Archiv, Jonas Lähnemann, Uwe Büchler

Grafiken:

Greenkids-Archiv, Politisches Schnippelbilderbuch, Umweltschnippelbilderbuch, Gerhard Seyfried ("Wo soll das alles enden")

Satz und Layout:

Falk Beyer, Joris Spindler, Jean Sorgenacker

Druck:

Stelzig Druck Magdeburg

Auflage:

1000 Hefte

Diese Ausgabe des grünen blatt wurde durch das Jugendamt Magdeburg gefördert.

Redaktionsschluß war der 16. Mai 2003.
 Das grüne blatt wird auf 100% Altpapier gedruckt.
 Nächste Ausgabe: 3-2003
 Redaktionsschluss: 15. August 2003

Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der Umweltbewegung Sachsen-Anhalts. Die Redaktion bilden Vertreter der verschiedenen Vereine sowie unabhängige MitarbeiterInnen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Portokosten (1,53 EUR) bei Greenkids Magdeburg e.V. nachbestellt oder online auf www.gruenes-blatt.de gelesen werden.

Die Trägervereine im Web:
www.greenkids.de
www.naju-lsa.de
www.nezim.here.de

Sprachliche Konventionen:

Die AutorInnen verwenden jeweils ihre eigenen sprachlichen Konventionen. Zur Erläuterung: der Großbuchstabe (z.B. "I" wird benutzt, um anzudeuten, dass sowohl "männliche" als auch "weibliche" Form gemeint sind.

Manche AutorInnen verwenden Endungen wie "-i"/"-is" etc. Diese Konvention entwickelte sich aus der Gender-Diskussion und soll nicht nur eine sprachliche Gleichberechtigung von "Mann" und "Frau", sondern auch all derer symbolisieren, die sich in derartige Schemata nicht einordnen wollen/können. Dann steht "-a" für den weiblichen Singular, "-as" für den Plural. "-o" bzw. "-os" verkörpern den männlichen Part und "-i" bzw. "-is" stehen als Synonym für intersexuelle Bezeichnungen.



Mitglied bei

fjp>media
 Verband junger Medienmacher

www.fjp-media.de

Erneute Pläne zum Flussbau in Sachsen-Anhalt

(Fortsetzung von Seite 1)

jos Auf dem Streckenabschnitt um die Saalemündung herum ist die Elbe momentan, aufgrund zu geringer Wassertiefen, nicht für Europaschiffe befahrbar. Zum Weitertransport der Ladung müssten die Europaschiffe erst umgeladen werden. Eine effektive Nutzung der Investitionen in den Elbe-Saale Kanal ist nur dann gegeben, wenn die Elbe vertieft wird. Es werden also Fakten geschaffen für eine spätere Diskussion um den Ausbau der Elbe.

Wissenschaftliche Studien, erstellt im Auftrag des Umweltbundesamtes, empfehlen für den Bereich der oberen Mittel-Elbe eine Beibehaltung des Status quo. Der Ausbau der Elbe oberhalb von Magdeburg bringe nur einen geringen wirtschaftlichen Nutzen, der durch die Ausbaukosten deutlich übertroffen wird und daher ökonomisch nicht sinnvoll ist. Zudem befinden sich dort zahlreiche Biotopgebiete besonderer Bedeutung im Auenbereich, die als sogenannte FFH Gebiete (Gebiete gemäß der Flora Fauna Habitat Richtlinie) einen europaweiten Schutzstatus genießen. Ein Ausbau in diesem Bereich ist zwangsläufig mit einer Beeinträchtigung der Erhaltungsziele der FFH-Gebiete verbunden und könnte daher nur unter Anwendung einer Ausnahmeregelung des Bundesnaturschutzgesetzes und nach Einbeziehung einer Stellungnahme der EU-Kommission realisiert werden.

Das Bundesamt für Naturschutz erklärt aber auch unabhängig von Eingriffen an der Elbe schon das Kanalprojekt an der Saale für nicht entscheidungsfähig. In der Saale würde durch den Bau des Kanals eine sinnvolle Erweiterung des Hochwasserrückhalteraumeres vereitelt. Dies kann insbesondere im Falle eines Hochwassers höhere Pegelstände für weiter flussabwärts gelegene Gebiete bedeuten.

Staustrufen schaffen Staustrufen..

Der Elbe-Saale-Kanal soll die Alternative zum geforderten Bau einer weiteren Staustrufe in der Saale bei Klein Rosenburg sein. Die Pläne zum Bau dieser Staustrufe wurden erst nach massivem Protest von Flussbauegnern aufgegeben. Es wäre die sechste Staustrufe in der Saale geworden und damit nach Meinung der Ausbaubefürworter eine „Vollendung“ des Saaleausbaus. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass der Bau einer Staustrufe nur der Beginn des Baus von weiteren Staustrufen ist. Was dann am Ende von Flüssen übrig bleibt ist leider schon zu oft ausprobiert worden.

Die Wirtschaftlichkeit ist ein Argument, was von den Ausbaubefürwortern gerne ins Feld ge-

führt wird zum Nachweis der Notwendigkeit von Strombaumaßnahmen. Eine berechnete Befürchtung angesichts der zugrundeliegenden Güterverkehrsprognosen ist aber die Schaffung eines unwirtschaftlichen „Geistkanals“. Die bisherigen Infrastrukturmaßnahmen an der Saale, z.B. der Hafen Halle Throta, haben sich als Flop erwiesen. Dieser Hafen wurde im Zeitraum 1998 bis 2001 für 30 Mio. Euro ausgebaut. Im Jahr 2002 wurden dort 13 Schiffe be- bzw. entladen. Auf der Saale fahren momentan ca. 5 Schiffe pro Monat, zudem ist das Streckennetz der Bahn entlang der Saale gut ausgebaut und bietet freie Kapazitäten.

Investition in die Zukunft?

In den Medien wurde in der letzten Zeit zu dem Thema Wirtschaftsförderung angemerkt, dass die Gelder besser zur Schaffung von Forschungsinstituten ausgegeben werden sollten als zum Ausbau von Flüssen. Im Gegensatz zu Investitionen in Wasserstrassen würden hier langfristig Arbeitsplätze geschaffen. Zudem sei dies eine Wirtschaftsförderung der modernen Art, die in einer Region mit hoher Arbeitslosigkeit eine hohe Priorität haben sollte. Müssen sich die Politiker im Land Sachsen-Anhalt aber an dieser Stelle nicht die Frage gefallen lassen, wie sie Forschungsinstitute ansiedeln wollen, wenn sie gleichzeitig die universi-



Bundesverkehrswegeplan

Der Bundesverkehrswegeplan ist das Dokument, in dem Aus- und Neubauten von Gleisen, Bundesfernstrassen und Wasserstrassen des Bundes bis zum Jahr 2015 geplant sind. Aufgrund der schlechteren finanziellen Situation wurde der ursprüngliche Plan von 1992 schon im Jahr 2003 überarbeitet und soll noch vor der Sommerpause im Bundestag verabschiedet werden. Als Neuerung im Bundesverkehrswegeplan wird herausgestellt, dass für die Erhaltung der Bestandsnetze 56 % der Investitionen vorgesehen sind und damit 10 % mehr als in dem überarbeiteten Plan von 1992 (das sind insgesamt 82,8 Milliarden Euro). Damit sind immer noch 44 % für den Aus- und Neubau von Verkehrswegen vorgesehen und das in dem Land, in dem auf jeden Quadratmeter bebauete Fläche ein Quadratmeter Verkehrswege kommen.

täre Ausbildung beschneiden? In diesem Zusammenhang ist die geplante Schließung der geisteswissenschaftlichen Fakultät am Universitätsstandort Magdeburg sicher ganz klar ein Signal in die falsche Richtung. Eine Universität lebt von ihrer Vielfaltigkeit und dem Nebeneinander der unterschiedlichen Studiengänge. Statt einer Abwicklung der Geisteswissenschaften am Standort Magdeburg bzw. einer Umstrukturierung zur Uni Halle, sollte das Profil der Magdeburger Uni besser durchdacht werden. Forschungsinstitute werden sich auf jeden Fall nur dann ansiedeln, wenn es auch den entsprechenden wissenschaftlichen Nachwuchs gibt, der bei ihnen arbeitet. Sowie ein Ausbau der Flüsse bzw. Investitionen in deren Infrastruktur (Häfen etc.) sinnvoll ist, wenn niemand Güter darauf transportiert, so wenig sinnvoll ist die Ansiedlung von Forschungsinstituten ohne die StudentInnen, die in ihnen forschen sollen. ■

Ich abonniere ab sofort das "grüne blatt" für ein Jahr!

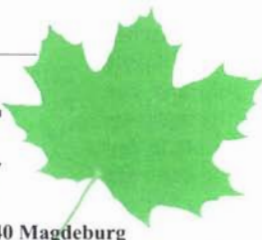
Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (4,-EUR/Jahr) 10 Exemplare (10,- EUR/Jahr)

Ich habe Briefmarken / Bargeld beigelegt. Schickt das grüne blatt bitte an:

Name _____

Anschrift _____

grünes blatt



**Ich
will
Abo
!!!**

Ausschneiden und ab an: grünes blatt, c/o Greenkids Magdeburg e.V., Postfach 32 01 19, 39040 Magdeburg

Naturschutzgebiete entlang der Elbe - Exkursion in die Kreuzhorst

Jos Im Rahmen der Naturschutzkampagne der Greenkids trafen sich am Samstag den 17. Mai zehn Menschen zu einer Exkursion in die Kreuzhorst.



Die Kreuzhorst ist ein Auwaldgebiet im Südosten von Magdeburg direkt an die Elbe angrenzend. Entlang von Flussläufen sind Auwälder (AU= Wasser) natürliche Begleitbiotope.

Das Gebiet der Kreuzhorst zeichnet sich durch eine große Vielfalt unterschiedlicher Lebensräume aus, die dort mosaikartig nebeneinander liegen. Dies ist zum einen bedingt durch die natürlichen Wasserstandsschwankungen, zum anderen durch die strukturelle Unterschiedlichkeit des Gebiets.

Entlang des Kulturhistorischen Erlebnispfades führte die Wanderung zur Talsanddüne. Nachdem sich am Ende der letzten Eiszeit durch den Abfluss des Gletscherschmelzwassers Urstromtäler bildeten, entstanden die Talsanddünen in einer nacheiszeitlichen Trockenperiode. Zu dieser Zeit wurden glaziale Sande zu Dünen zusammengeweht. Im Gebiet der Talsanddüne sind als Biotoptypen hauptsächlich Trockenrasen und Nadelholzwälder zu finden. Trockenrasen sind wasserarme Biotope auf meist sandigem Untergrund, auf denen viele seltene Pflanzen und Tierarten zu finden sind. Ein Teil der Düne wurde aufgeforstet mit Nadelhölzern, an einigen Bäumen entlang des Weges sind Zeichen der Harzgewinnung an den Bäumen zu erkennen.

Auf der Randauer Talsanddüne wurden bei archäologischen Ausgrabungen Reste früherer Siedlungen gefunden. An der Station Schönfelder Haus ist ein solch historisches Bauwerk rekonstruiert. Die Siedlungstätigkeit auf der Talsanddüne erfolgte aufgrund der erhöhten Lage, die Schutz vor Hochwasser bietet. Frühe Siedlungen erfolgten oft in der Nähe von Flussläufen, weil diese als Verkehrswege eine große Bedeutung hatten. U.a. aufgrund der relativ geschlossenen

Bewaldung gab es zu dieser Zeit erst wenige Verkehrswege, die über Land führten. Ein weiterer Umstand, der für die Ansiedlung in diesen Gebieten vorteilhaft war, ist die Fruchtbarkeit des Aulehms. Dieser spezielle Bodentyp ermöglichte gute landwirtschaftliche Erträge auf diesen Flächen.

Auf unserem weiteren Weg erreichten wir dann das Gebiet der Hartholzaue. Die Hartholzaue ist ein spezieller Waldtyp der an den lehmigen Untergrund der Aue angepasst ist. Bestandsbildende Baumarten sind dort Esche, Ulme und Eiche. Der Aulehm ist der lehmige Boden der Aue, er wird bei Hochwasser vom Fluss überspült. Beim Rückgang des Wassers lagert sich das vom Fluss mitgeführte Sediment dort ab. Dadurch kommt es zu einem allmählichen Wachstum der Aulehmschicht. Bei der Entstehung einer Aue, die sich über sehr lange

noch sehr gut auskommt.

Die nächste Station der Wanderung war die direkt an der Elbe gelegene Weichholzaue. Hier sind vor allen Dingen Pappeln, Erlen und Weiden zu finden, die an feuchte Standorte sehr gut angepasst sind und mit stark schwankenden Wasserständen zurecht kommen. Deutlich zu erkennen war auch, dass der Biber hier zu Hause ist. Ein Baum in einem feuchten Gebiet direkt am Fuße des Deichs wies typische Biberfraßspuren auf.

Der Deich, der das Gebiet der Kreuzhorst durchzieht, wurde schon um 1870 zusammen mit dem Bau des Umflutkanals angelegt. Bis dahin wurde die Elbniederung bei Magdeburg regelmäßig bei Hochwasser überflutet. Der Bau der Umflut und der Deiche erfolgte aufgrund gestiegener Hochwassergefahr, da durch Strassen- und Schienenbauwerke in Magdeburg der Wasserabfluss aus der Elbaue erschwert wurde. Im Zuge der Eindeichung dieses weiträumigen Gebiets nahmen die Deiche, die ehemals um die Dörfer herum angelegt waren, in ihrer Bedeutung ab.

Viele Auwaldgebiete sind durch Flussbaumaßnahmen, insbesondere durch Wasserstandsregulierungen, von der natürlichen Dynamik der Flussläufe abgeschnitten worden. In Deutschland sind nur noch 20 % der ehemals vorhandenen Auwälder erhalten. Daher sollten diese Gebiete einen besonderen Schutzstatus genießen und Flussbaumaßnahmen in der angrenzenden



Zeiträume erstreckt, führt dieser Prozess der Auflagerung zu höher gelegenen und damit trockeneren Gebieten. Auf diesen Standorten entwickelt sich der charakteristische Vegetationstyp der Hartholzaue, der an selteneren Überflutungen angepasst ist, aber mit einer Überflutung von jährlich 50 Tagen

Elbe möglichst unterbleiben. Die altersmäßig bunt gemischte Exkursionsgruppe (6 bis 60 Jahre) kehrte nach der 2 ½ stündigen Wanderung ein wenig ermüdet wieder zu ihrem Ausgangspunkt in Pechau zurück. ■

Internationales Elbe-Saale-Camp für den Erhalt lebendiger Flüsse

Erstmals jährt sich im August 2003 die sogenannte "Jahrhundertflut" an der Elbe. Die das Flussbett weit überschreitenden

Wassermassen zeigen bis heute ihre Spuren. Neben Häusern und Wohnungen wurden u.a. auch historische Gebäude, Kulturschätze, die Tourismusbranche sowie Industriebetriebe in Mitleidenschaft gezogen.

Vielorts begann, noch unter dem Eindruck der Auswirkungen des Hochwassers, bereits während der Aufräumarbeiten das Nachdenken über mögliche Präventionsmaßnahmen. Die unzweifelhafte Notwendigkeit, die Sensibilität im Umgang mit Flüssen zu erhöhen, spiegelt sich nicht zuletzt im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wieder. Dennoch stehen vielerorts konkrete

Planungen und eine praktische Umsetzung von Maßnahmen des

Hochwasserschutzes nach wie vor aus. Gemeinsam mit Gästen aus ganz Europa



wollen wir beim 11. internationalen Elbe-Saale-Camp Zeichen setzen für den Erhalt

natürlicher Flusslandschaften. Ausreichende Überflutungsflächen, Auwälder und der Verzicht auf Uferschotterungen, Staustufen und Kanalisierungen stellen aus unserer Sicht einen unumgänglichen Beitrag für den ökologischen Hochwasserschutz dar. Wir möchten in einen konstruktiven Dialog eintreten zwischen Flussanliegern, Wirtschaft, Politik und Naturschutz ... und natürlich auf die Gefahren des möglichen Baus eines Saale-Elbe-Kanals hinweisen.

Übrigens: auch der Spaß wird ganz sicher nicht zu kurz kommen! Abgerundet wird das Programm durch spannende Exkursionen und geruhsame Schlauchbootfahrten, durch gemeinsame Aktionen, Lagerfeuerromantik, viele Angebote für Kinder und Jugendliche und natürlich durch ein Fest am Fluss ... ■

KRIEGSBEGINN IN MAGDEBURG

Trotz allen Protests mit Millionen Menschen auf der ganzen Welt, die sich gegen einen Krieg im Irak aussprachen, und einer breiten Ablehnung des Krieges in der UNO, begann die USA in den frühen Morgenstunden des 20. März 2003 den Krieg mit einem sogenannten Enthauptungsschlag gegen die Führung des Iraks. Überall auf der Welt kamen an diesem Tag Menschen zusammen, um ihre Ablehnung gegen den Angriff offen kundzutun und ein sofortiges Ende des Krieges sowie die Rückkehr zu friedlichen Verhandlungen zu fordern. Auch in Magdeburg trafen sich etwa 1000 Friedensfreunde am Donnerstag Abend um 17:00 Uhr an der Friedenstafel, um von dort aus in einem Friedenszug zum Dom zu ziehen.

Der Demozug, der als Trauermarsch angemeldet war begann still, um den Opfern des beginnenden Krieges zu gedenken. Einige Magdeburger wollten jedoch jetzt lieber nicht schweigen, weshalb der Trauermarsch immer mehr zur richtigen Demo mit Parolen und lauten Sprüchen wurde. Das machte die Demo auch auf den letzten Metern viel lebendiger. Am Domplatz teilte sich die Veranstaltung dann.

Während ein Teil der Menschen im Dom einer Predigt gegen den Krieg lauschte, Kerzen für die Opfer anzündete und für den Frieden sang, versammelte ein anderer Teil sich vor dem Dom, um an einem offenen Mikrofon zu diskutieren und die Ablehnung gegen den Krieg zu begründen. Auch wurde hier bekräftigt,

dass trotz des Rückschlages, den der Krieg für die Friedensbewegung bedeutet, weiterhin sich viele Menschen für den Frieden auch dauerhaft in Magdeburg einsetzen werden.

Zum Schluss kamen die Menschen aus dem Dom und vor der Tür noch einmal zusammen und zeigten so ihre Solidarität und ihre Gemeinsamkeiten auf dem Weg zum Frieden. Alles in allen eine gelungene Aktion, und wenn wirklich sich regelmäßig solche Massen für den Frieden engagieren, kann der nächste Krieg vielleicht wirklich verhindert werden.

Übrigens: Noch immer versammeln sich jeden Montag um 17:00 an der Ecke Breiter-Weg/Ernst-Reuter-Allee Menschen, um sich für den Frieden zu engagieren. ■

INFOLADEN-MD

Vernetzung von Menschen und Gruppen Magdeburgs mit emanzipatorischem Anspruch

- Vernetzungstreffen: jeden 3. Dienstag im geraden Monat 17⁰⁰ Uhr im BUND-Seminarraum

- Mailinglisten: allgemeines: infoladen-md-subscribe@yahoogroups.de
Termine: termine-md-subscribe@yahoogroups.de

- Internetseite zur Vernetzung: <http://magdeburg.gruenes-blatt.de>

Widerstand & Vision: Die demokratische "Disziplinierung"

Die großen Naturschutzverbände sind teilweise sehr alt (NABU über 100 Jahre), jedoch entstand die gesellschaftsprägende Rolle erst über zwei sich teilweise überschneidende Höhepunkte: Zum einen die Anti-AKW-Bewegung mit Störaktionen an den Bauplätzen der Atomkraftwerke und Wiederaufarbeitungsanlagen sowie zum anderen die Vielzahl lokaler Bürgerinitiativen, die meist gegen einzelne Bauvorhaben kämpften, aber nur in seltenen Fällen zu einer dauerhaft bestehenden Gruppe mit verschiedenen Arbeitsbereichen heranwuchsen. Beide Höhepunkte gehen ineinander über, entwickelten sich aber vom Höhepunkt her nacheinander - die Anti-Atom-Aktionen zu Beginn der 70er Jahre, die BIs ab Mitte der 70er Jahre. (1)

Anzunehmen ist, dass die spektakulären Aktionen rund um die Atomanlagen vielen die nötige Mischung aus Mut und Wut gaben, auch vor Ort gegen die Zerstörung der Umwelt anzukämpfen. Vergleichbar mit den Anti-Atom-Aktionen sind nur die Auseinandersetzungen um die Startbahn 18 West in Frankfurt - die allerdings auch stark von autonomen Gruppen getragen wurden, die sich nicht als Teil der Umweltbewegung verstanden.

Die folgenden Abschnitte sollen den groben Wandel von der Protestbewegung zu staatstragenden und modern-neoliberalen NGO-LobbyistInnen zeigen. Die Einteilung ist aus diesem Blickwinkel gewählt - andere Blickwinkel würden andere Ergebnisse bringen. Die individuelle Biographie der einzelnen Aktiven kann davon erheblich abweichen. Viele Einzelpersonen haben ähnliche Prozesse selbst durchgemacht, meist allerdings in viel kürzerer Zeit. Zu Beginn ihres Engagements trugen sie radikale, unabhängige Positionen und Aktionsformen mit, später etablierten sie (so sie überhaupt aktiv blieben) und machten Karriere in der Politik oder als moderne BeraterInnen für die Politik.

Im Original: Ansgar Vössling, "Naturschutz: Unabhängige vor dem Aussterben", In: **punkt** 10/2001, S. 20f

"Solange der Naturschützer mit Schmetterlingsnetz und Botanisiertrommel durch das Gelände läuft, Vögel bestimmt,

Käfer zählt und vielleicht noch kleine Kinder im Umgang mit der Natur unterrichtet, ist er wohl gelitten. Wenn er aber als gleichberechtigter Partner, als Grundbesitzer und damit auch als Machtfaktor ein mit anderen Nutzungsvorstellungen konkurrierendes Projekt vorantreibt, wird er massiv kritisiert und in Frage gestellt. (...)



(zum Naturschutz in den neuen Bundesländern) Hier ist die Entwicklung aber besonders erstaunlich, weil der Naturschutz zu DDR-Zeiten eigentlich ein Bereich war, in dem sich bei gewisser Staatsferne vergleichsweise unabhängige Personen über die politischen Brüche der Wende hinweggesetzt haben. Die Staatsquote, die in Brandenburg vielfach schon deutlich über 50 Prozent liegt, ist überdurchschnittlich hoch. Fast jeder Naturist hat bereits beim ... isen. Zumindest ist er auf Zuwendungen oder Aufträge staatlicherseits angewiesen. Persönlich und wirtschaftlich unabhängige Naturschützer sind selten und meist schon im Rentenalter."

Erster Etablierungsprozess (Ende 70er/Anfang 80er Jahre): BUND und GRÜNE. Mit der Gründung des BUND als bundesweite, umweltpolitisch ausgerichtete Organisation sowie der GRÜNEN vollzog sich die erste Welle der Etablierung der vorher vielfältigen und un-

abhängigen Bewegung. Diese war kaum mehr als die Summe der einzelnen Menschen bzw. verschiedener Gruppen, meist agierten alle in eigener Verantwortung, nur wenige versuchten, ihre Meinung in der Gesamtbewegung durchzusetzen, diese also zu dominieren. Ausnahmen waren rechte Gruppen wie der Weltbund zum Schutze des Lebens oder kommunistische Kader, die die Bewegung für ihre Zwecke einsetzen wollten, sowie die Führung des 1972 gegründeten Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), die diesen zunächst als breites Sammelbecken gedachten Verband schnell parteipolitisch und strategisch für ihre Zwecke nutzte.

BUND und GRÜNE benötigten jeweils eine Anlaufzeit von mehreren Jahren. Grund war beim BUND der interne Führungsstreit um die Frage, wie weit der BUND als Partei bzw. parteiähnlich oder außerparlamentarisch organisiert werden sollte. Im Verlauf der Diskussion wechselte mehrfach der Vorsitzende. Die GRÜNEN stellten in der Umweltbewegung erst mit den ersten Wahlerfolgen eine für viele attraktive Plattform für das Umweltengagement dar. In der Frühphase gab es teilweise erbitterte Kämpfe zwischen linken und rechten Gruppen, ganze Landesverbände (z.B. Rheinland-Pfalz) waren anfangs in der Hand von Neofaschisten.

Ab Anfang der 80er Jahre schlossen sich dann zahlreiche Personen aus ehemals unabhängigen Bürgerinitiativen oder Anti-Atom-Gruppen den GRÜNEN oder dem BUND an. Der BUND startete in einigen Bundesländern Werbekampagnen, ihre VertreterInnen suchten systematisch die bestehenden Bürgerinitiativen und schafften es in vielen Fällen, mit Versprechungen nach mehr politischem Einfluss und finanzieller Sicherheit aus einstmaligen unabhängigen BIs nun weisungsgebundene BUND-Orts- und Kreisgruppen zu machen. (Fortsetzung folgt) ■

aus: Jörg Bergstedt: "Widerstand und Vision 1: Reich oder rechts? Umweltgruppen und NGO's im Filz mit Staat, Markt und rechter Ideologie", IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation Frankfurt am Main - London, 2002

www.Termine-Online.NET

Portalseite für Veranstaltungen, Seminare, Aktionen, etc.

> Termine selbst eintragen

> individuelle Terminseiten einrichten
und auf die eigene WebSite abstimmen



“Rettet die Umwelt! Es ist eure Zukunft!”

Greenkids im Unterricht

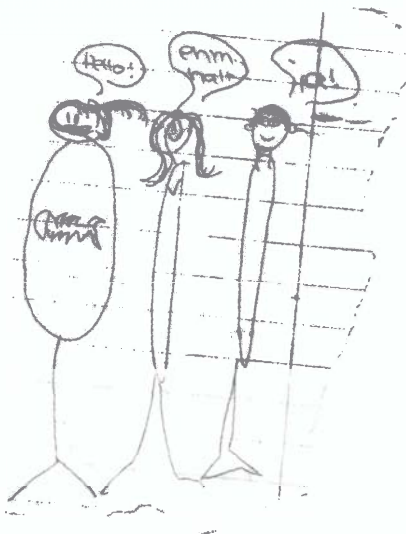
fb Unter diesem Motto gingen Greenkids in verschiedene Schulen, um für den Umweltschutz zu werben. In vier Schulen wurden mehrere Klassen besucht. Mal wurde der Wald thematisiert, ein anderes Mal waren Energie oder Verkehr die Themenschwerpunkte. Wir stellten zuerst die Aktivitäten der Greenkids vor und gaben dann einen kleinen Einblick in ein bestimmtes Thema - neben den schon genannten waren es noch die Gentechnik und die Elbe.

So wollten wir den Schülis zeigen, welche ökologischen Probleme es gibt, und wie sie selbst aktiv werden können. Natürlich hatten wir auch gehofft, einige neue InteressentInnen für die Greenkids zu gewinnen.

Diese Veranstaltungen wurden mit ganz unterschiedlichem Interesse aufgenommen. Einige wenige Klassen waren überwiegend uninteressiert, andere wiederum sehr **offen** und **entgegenkommend**. Insgesamt konnten wir feststellen, dass es spannender ist, in jüngere Klassen zu gehen. Die 7. und 8. Klassen waren noch viel offener und interessierter, als die 11. Bei denen schien sich eine Mentalität, immer interessiert zu wirken, aber kaum Reaktion zu zeigen, schon gefestigt zu haben. Es war schwer überhaupt zu erkennen, ob sie Interesse hatten oder nicht.

Bezüglich neuer Greenkids-AktivistInnen hatten wir keinen Erfolg. Aber einige Schülis waren an den Themen sehr interessiert und wir wurden auch später von Lehris und Schulen eingeladen.

Für uns selbst waren damit auch viele neue Erfahrungen verbunden. Angefangen mit Vorträgen arbeiteten wir immer weiter



Greenkids

Erzählt uns etwas!!!

an "unseren" Stunden, so dass mittlerweile die Schülis selbst einen Großteil zum Thema beitragen (können). Es gibt nun auch eine musikunterlegte Diashow zu Aktionen aus unserem Umfeld.

Die ursprüngliche Idee der Kampagne aber konnte nicht umgesetzt werden. Wir wollten eigentlich innerhalb eines kurzen Zeitraums wiederholt in die gleichen Klassen kommen, um verschiedene Themen anzureißen, die Schülis kennenzulernen und Hemmschwellen der Schülis abzubauen. Das wollten die Lehris aber offensichtlich nicht so. Also waren wir in keiner Klasse mehrfach.

Vermutlich ist aber auch diese Form der Kommunikation nicht gerade das, was junge Leute für ein Engagement bei uns motivieren würde. Ist eigentlich auch nicht weiter verwunderlich: wer hat schon Lust, außerhalb der Schule auch noch Vorträge zu hören. Und ein bisschen in dieser Art muss es ja gewirkt haben, wenn wir so in den Unterricht gehen. Doch wie kommt mensch anders gut an die Schulen ran? Für die Umweltbildung sind sie ja im Moment schon wichtige Orte.

Ein bisschen widersprüchlich erscheint das auch, wenn mensch überlegt, dass wir vor einem halben Jahr noch "Bildung von unten" propagiert haben, und nun

an Schulen gehen. Doch die Bildung von unten fand erstmal zu wenige UnterstützerInnen, die sie tatsächlich praktizieren wollten. So gibt es im Moment in Magdeburg noch kaum eine Alternative zur Schule (das kann sich aber noch ändern).

Eine der Klassen, die besonders störend wirkte, erwies sich im nachhinein aber als ziemlich kreativ. Die Bilder und Zettel, die wir nach der Stunde im Raum gefunden haben, haben wir hier abgedruckt.

Für den Herbst hatten wir überlegt, noch einmal eine ähnliche Kampagne zu starten. Damit es diesmal materialseitig besser aufbereitet werden kann, hatten wir Gelder bei der Jugendstiftung der Sparkasse beantragt. Die hat aber kein Interesse daran...

ZEITUNGEN IM ÖKOARCHIV

neben vielen Einzelheften enthält das Ökoarchiv regelmäßig erscheinende Zeitungen von umweltorientierten Blättern. das sind u.a. die folgenden:

- Natur
- Greenpeace Magazin
- Robin Wood Magazin
- Regenwald Report
- Öko-Test
- Strahlentelex
- Anti Atom Aktuell
- Der Rabe Ralf
- und viele andere ...

Das Ökoarchiv ist eine Kooperation zwischen Greenkids und Blaue Welt Archiv (BWA).

ihr findet es in der Thiemstr. 13 und könnt es im Rahmen der Öffnungszeiten des BWA (mittwochs 17-19⁰⁰) oder nach Absprache mit den Greenkids (01 62-78 68 204) nutzen.

Termin Datenbank für politische Gruppen: www.Termine-Online.NET

fb Seit einigen Wochen läuft das neue Internetprojekt von web-designing.de und lädt politische Gruppen ein, ihre Terminorganisation über diese Datenbank vorzunehmen. Die Vorteile ganz kurz: Mensch braucht seine/ihre Veranstaltungen nicht mehr auf tausend verschiedenen Internetseiten in die Terminkalender eintragen (bzw. die BetreuerInnen dieser Seiten darum bitten), sondern kann das mit einem Eintrag in eine Datenbank erledigen. Eine solche Datenbank wurde von web-designing.de im Rahmen eines Uni-Projekts erstellt und nun für die politische Arbeit eingerichtet.

Es gibt ja bereits viele "Kalender zum Selbsteintragen" im Internet. Aber die sind in der Regel für die Bedürfnisse politischer Gruppen nicht ausreichend verfeinert. www.Termine-Online.NET - ein gemeinnütziges Projekt - soll das ändern.

Projekts nicht auf Magdeburg. Die Termin Datenbank soll einer Vernetzung emanzipatorischer Gruppen dienen. Weitere Elemente dieser Vernetzung sind die Seite des Infoladen MD, auf der ihr Magdeburger Gruppen, Projekte und Mailinglisten zusammengestellt findet, und zwei Mailinglisten zur Diskussion bzw. für Veranstaltungshinweise.

Eine Übersicht aller öffentlichen Termine aus der Datenbank stellen wir auf Termine-Online.NET bereit. Wenn ihr keine eigene Terminübersicht einrichten wollt, könnt ihr auch einfach einen Link auf diese Seite setzen.

Termine selbst eintragen

Die erste Funktion der Termin Datenbank ist, dass Ihr eure Termine über ein Internetformular selbst eintragen könnt. Das ist erstmal nichts besonderes. Viele kostenlose

web-designing.de
web-designing.de ist ein Projekt zur Unterstützung nichtkommerzieller Gruppen. Wir bieten euch Informationen zum professionellen Aufbau einer WebSite und stellen konfigurierbare Programme zur freien Verfügung bereit. Diese Software realisiert bestimmte häufige Anwendungen, wie z.B. Terminübersichten oder Adressdatenbanken. Dadurch wird eine stark vereinfachte Verwaltung und Aktualisierung einer bestehenden WebSite gewährleistet.

Außerdem unterstützen wir euch gern auch beratend beim Aufbau eurer eigenen Internetseiten. Wenn ihr es wünscht, erstellen wir euch gern auch eure WebSite - für emanzipatorische Gruppen versuchen wir das kostenlos oder zu einem geringen Preis zu machen. Generell solltet ihr aber schauen, ob es nicht Fördermöglichkeiten gibt, um unsere Arbeit an euren Seiten zu finanzieren. Die von uns erstellten WebSites sollten mit einem minimalen Aufwand aktualisierbar sein. So habt ihr genug Zeit für eure eigene - politische oder kulturelle - Betätigung.

Um unsere eigenen Ausgaben zu decken, erstellen und pflegen wir auch kommerzielle WebSites - diese allerdings zu den üblichen Konditionen. Unternehmen, die bei ihrer Auftragserteilung auch gemeinnützige Arbeit unterstützen möchten, können sich hiermit aufgerufen fühlen, ihre Seiten bei uns in Auftrag zu geben. Es gibt für uns allerdings Ausschlusskriterien, für wen wir unter keinen Umständen tätig werden wollen: Unternehmen, die im Rüstungs-, Gentech- oder Atombereich tätig sind oder mit solchen Unternehmen verzwickt sind, und generell Firmen, die durch ihr Wirken antieemanzipatorischen Handlungen Vorschub leisten. Dabei richtet sich die Einschätzung, ob ein Unternehmen diese Bedingungen erfüllt, nach unserem jeweils aktuellen Kenntnisstand. Also gebt uns Bescheid, wenn Firmen, deren Seiten wir gestalten, aus eurer Sicht problematisch sein sollten.

Termine auf der eigenen Seite anzeigen

Was eigentlich der besondere Aspekt des Projekts ist, ist die Möglichkeit einzustellen, WELCHE Termine Ihr WIE auf eurer WebSite anzeigen wollt. Anhand der Kategorien, die bei der Eintragung von Terminen eingestellt werden, könnt Ihr nun selektieren, welche Veranstaltungen auf Eurer Seite angezeigt werden sollen. Ihr könnt beispielsweise alle Termine einer Gruppe, einer Kategorie oder einer Veranstaltungsart bzw. eines Landkreises bei euch anzeigen. Oder ihr kombiniert diese Einstellmöglichkeiten. Und es ist auch möglich, mehrere Einstellungen in einer Kategorie zu wählen. Einzig die Anzeige ALLER Termine der Datenbank haben wir uns

Der alternative Terminkalender
WWW.TERMINES-ONLINE.NET

Willkommen auf Termine-Online.NET

Das Layout dieser Seite ist nur ein Provisorium. Uns ging es erstmal darum, die Funktionalitäten der Datenbank zur Verfügung zu stellen. Im folgenden stellen wir Euch kurz vor, was wir mit diesem Projekt wollen und was Ihr damit anstellen könnt.

Idee des Datenbank-Projekts

Als selbst politisch aktive Leute fanden wir es nervig, unsere Termine auf x Seiten per Hand einzutragen oder der BetreuerInnen bitten zu müssen, dieses für uns zu tun. Wir haben nun versucht, eine Datenbank zu entwickeln, die möglichst viele Funktionen und Einstellungsmöglichkeiten bietet, die von politischen Gruppen genutzt werden könnten.

Diese Datenbank versteht sich (auch) als ein Teil der Idee einer Portalseite für emanzipatorische Gruppen Magdeburgs. Dementsprechend hier ein Verweis auf die Philosophie dieses Projekts. Natürlich beschränkt sich die Nutzbarkeit des Projekts nicht auf Magdeburg. Die Termin Datenbank soll einer Vernetzung emanzipatorischer Gruppen dienen. Weitere Elemente dieser Vernetzung sind die Seite des Infoladen MD, auf der Ihr Magdeburger Gruppen, Projekte und Mailinglisten zusammengestellt findet, und zwei Mailinglisten zur Diskussion bzw. für Veranstaltungshinweise.

Eine Übersicht aller öffentlichen Termine aus der Datenbank stellen wir auf Termine-Online.NET bereit. Wenn ihr keine eigene Terminübersicht einrichten wollt, könnt ihr auch einfach einen Link auf diese Seite setzen.

Termine selbst eintragen

Die erste Funktion der Termin Datenbank ist, dass Ihr eure Termine über ein Internetformular selbst

Hier gibt es schon bei der Eintragung einer Veranstaltung die Möglichkeit einer thematischen Einordnung, z.B. in den Anti-Atom-Bereich oder Gender-Debatte. Außerdem kann die Art der Veranstaltung definiert und auch eine regionale Zuordnung vorgenommen werden. Alle NutzerInnen haben dann die Möglichkeit anhand dieser und anderer Kriterien festzulegen, welche Termine aus der Datenbank auf ihren Internetseiten erscheinen sollen. Und auch das Layout dieser Terminübersichten lässt sich relativ frei festlegen.

Idee des Datenbank-Projekts

Diese Datenbank versteht sich (auch) als ein Teil der Idee einer Portalseite für emanzipatorische Gruppen Magdeburgs. Dementsprechend hier ein Verweis auf die Philosophie dieses Projekts. Natürlich beschränkt sich die Nutzbarkeit des

Terminkalender im Internet bieten sowas, sind aber meist kommerziell. Außerdem habt Ihr in der Datenbank von Termine-Online.NET diverse Einstellungsmöglichkeiten, z.B. thematischer Kategorien, Veranstaltungsart und zu den veranstaltenden Gruppen. Über eine angeschlossene Adressdatenbank können zu jedem Termin die VeranstalterInnen-Kontaktinfos abgefragt werden, sofern diese solche angegeben hat.

Weitere Optionen sind angedacht. Zunächst die Erweiterung von Einstellmöglichkeiten bei der Termineingabe. Hier seid auch Ihr gefragt. Mailt uns an mail@termine-online.net, was ihr für Ideen zur Erweiterung habt! Eine andere Idee ist es, Termineingaben irgendwann auch mal per E-Mail an die Datenbank schicken zu können. Es soll dann möglich sein, per Parameterangabe einfacher Termine eingeben zu können.

für Termine-Online.NET vorbehalten. Ansonsten könnt Ihr alles einstellen, was ihr wollt.

Auch die Farbe, die Schriftart und Schriftgröße der Ausgabe der Termine könnt Ihr für jedes Feld individuell einstellen. Das mag bei der Einstellung etwas chaotisch wirken, aber Ihr müsst Euch normalerweise da nur einmal durchfitzen, das genügt schon. Später wollen wir auch hier die Einstellungsmöglichkeiten erweitern. Aber wichtiger war jetzt, dass diese Datenbank erstmal lauffähig ist.

Benutzung der Datenbank

Zuerst müsst Ihr Euch mit einem BenutzerInnenamen und einem Passwort registrieren. Damit könnt Ihr Euch dann einloggen. Danach habt Ihr die Möglichkeit, Eure Kontaktinformationen und das **Passwort zu ändern, Termine einzugeben, zu ändern oder zu löschen, oder Euren Account zu löschen.** Außerdem könnt Ihr eine individuelle Terminausgabe gestalten.

Eine ausführlichere Bedienungsanleitung findet ihr auf der Internetseite. Außerdem gibt es an vielen Stellen weitere Hilfetexte, die euch den Umgang mit der Datenbank erleichtern sollen.

Philosophie von Termine-Online.NET

Es gibt ein Häufchen Leute, die mit der Zeit eine Portalseite für emanzipatorische Gruppen Magdeburgs basteln wollen. Ein Bereich davon wird **www.Termine-Online.NET** bilden. Eine erste Philosophie für die Portalseite wurde schon vor längerem ins Netz gestellt und soll hier noch einmal kurz wiedergegeben werden.

Die Vision einer gerechteren Gesellschaft, eines schöneren Lebens ist die Basis der Initiativen, die sich zu allen möglichen Themen gebildet haben. Sie wollen aktiv werden, um Probleme anzuprangern, Alternativen zu bieten und zur Verbesserung beizutragen. Da viele Gruppen nichts von den anderen wissen bzw. nichts genaueres wissen, verlaufen viele gute Ansätze im Leeren, zumindest werden ihre Möglichkeiten nicht ausgeschöpft, da sie nunmal kaum bekannt sind. Um dem entgegenzuwirken, brauchen wir eine Vernetzung dieser Initiativen. Die Portalseite soll einen Anfang dafür bilden und auch Ressourcen und Optionen zur Vernetzung bereitstellen. Um eine emanzipierte Gesellschaft entwickeln zu können, muss der Weg, auf dem wir dieses Ziel erreichen wollen, auch mit unseren Zielen vereinbar sein.

D.h. wir sollten uns (auch intern) mit kritisierten Themen wie Sexismus, Patriarchat, Faschismus, Intoleranz, Kapitalismus, Egoismus (?) auseinandersetzen. (...)

Die Nutzung der Angebote der Portalseite soll möglichst anonym möglich sein. Statistische Erfassung von Besucherinformationen sollten auf die für die Entwicklung der WebSite relevanten Bereiche beschränkt bleiben. Damit jedeR weiß, welche Informationen in den Log-Files gespeichert werden, sollte auf der WebSite dazu informiert werden. Wenn neue Datenformen erfasst werden (z.B. wiederholte Benutzung einer Page durch dieselbe Person), sollte dem eine Information und eventuelle Auseinandersetzung damit auf der Mailingliste vorausgehen.

Die Portalseite soll den beteiligten Gruppen die Arbeit erleichtern. Zuarbeiten und Konfigurationen ihrerseits müssen möglichst einfach machbar sein.

Neuen Gruppen soll es möglichst einfach gemacht werden, dazuzustoßen. Updates etc. sollten in passwortgeschützten Bereichen für jede Gruppe individuell möglich sein.

Die gesamte Philosophie könnt ihr auf www.Termine-Online.NET lesen.

Bericht vom Regenerative Energien Seminar

Am Wochenende vom 4. bis 6. April fand bei den Greenkids in Buckau ein Seminar mit dem Thema "Regenerative Energien" statt.

Am Freitag begann das Programm mit einer Besichtigung des hiesigen Werkes von Enercon, dem weltgrößten Hersteller von Windkraftanlagen. Dort wurde uns der Herstellungsprozess und die Funktionsweise der Windräder erklärt. Auch auf die teils kritischen Fragen bemühte man sich einzugehen.

Am Samstag wurde dann inhaltlich gearbeitet und auf die Gefahren der bisherigen Stromerzeugung hingewiesen. Hier wurde klar, dass wenn wir unsere Energiegewinnung nicht schnell auf regenerative Energien umstellen, die Folgen extrem sein werden. Schon jetzt bedroht die Atomkraft direkt jedes menschliche Leben auf dieser Erde, und selbst bei einem Sofortausstieg aus der Atomkraft werden uns in Zukunft noch viele Probleme, wie das der Atommüllentsorgung, verfolgen. Da die

fossilen Energieformen die Umwelt auch so stark belasten, dass auch sie schnellstmöglich abgeschaltet werden müssen bleibt gar keine alternative als der Umstieg auf regenerativen Energien.

Dass dies möglich ist, wurde auf dem Seminar klar, als die ZuhörerInnen erfuhren dass alleine mit Solarzellen die Möglichkeit besteht den gesamten Strombedarf aller Menschen dieser Erde zu decken. Dazu

kommen noch Wind, Wasser und andere Energiearten, mit deren Hilfe wir sogar einen stark steigenden Energiebedarf decken könnten.

Im Seminar wurde auch erklärt, wie die regenerativen Energieformen funktionieren, welche Möglichkeiten der Energienutzung noch besser genutzt werden können und welche Stromerzeugung bisher in Deutschland

genutzt wird. Dieser sogenannte Strommix besteht leider erst zu einem geringen Teil aus regenerativen Energien.

Auch praktisch konnten die TeilnehmerInnen umsetzen was gelernt wurde. So bastelten die TeilnehmerInnen eine kleine Windkraftanlage fürs Fenster, begannen einen Solarkocher zu bauen, experimentierten mit Solarzellen und fanden sogar heraus, dass jeder Mensch ständig Strom erzeugt und in seine Umwelt abgibt.

Auch noch nicht erfundene, nur theoretische Energiegewinnungsformen wurden vorgestellt und auch auf Realisierbarkeit diskutiert. Hier gab es viele neue praktikable Ideen, die den meisten Menschen vermutlich noch nicht bekannt sind, aber auch futuristische Energiegewinnungsformen die leider vermutlich nicht realisiert werden, da sie logische Fehler enthalten oder nur in gigantischen Proportionen funktionieren würden, die den Menschen noch lange nicht zur Verfügung stehen werden.

Am Schluß des Seminars erfuhren die Anwesenden noch, wie einfach es heutzutage ist seinen Stromanbieter zu wechseln, um regenerativen Strom zu erwerben. Auf die Weise ist es schon jetzt möglich selbst aktiv die Weichen auf Zukunft zu stellen. Neben den inhaltlichen Themen beschäftigten sich die SeminarteilnehmerInnen auch noch mit gemeinsamem Kochen und Essen oder einem Filmeabend als Rahmenprogramm.



Der Sofortausstieg ist möglich!

fb Warum es eines schnellstmöglichen Ausstiegs aus der Atomenergie-Nutzung bedarf, ist mittlerweile vielen Menschen klar. Die vielleicht wichtigsten Gründe werden im folgenden noch einmal kurz genannt.

Uranabbau

Die Erschließung des Rohstoffes für die Atomkraftwerke (AKW) - des Urans - erfolgt überwiegend in Gebieten indigener Menschen. Diese werden unter minimalen Arbeitsschutz-Bedingungen durch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse genötigt, für wenig Geld ihre Gesundheit schädigen zu lassen. Außerdem werden beim Uranabbau große radioaktive Halden angelagert, die Umwelt wird massiv geschädigt.

Unfallgefahr

Spätestens seit Tschernobyl ist einer breiten Bevölkerungsschicht klar, dass katastrophale Unfälle möglich sind und tatsächlich stattfinden. Stichworte für andere beinahe-Katastrophen sind das US-AKW Harrisburg, die japanische Atomfabrik Tokaimura und die deutschen AKW Biblis und Brunsbüttel. Zusätzlich geschehen Jahr für Jahr über hundert sogenannte „meldepflichtige Ereignisse“ - eine verharmlosende Formulierung für Störfälle, Unfälle, die in einer Atomanlage ausgeschlossen sein müssten.

Niedrigstrahlung

Im „Normalbetrieb“, also ohne dass es zu einem Unfall kommt - wird eine gewisse Strahlenmenge frei, die bereits Gesundheitsschädigungen verursacht. Erhöhte Leukämieraten rund um Atom-Standorte machen das deutlich.

Entsorgung

Beim Betrieb von AKW und schon im Vorfeld bei der Aufbereitung des Brennstoffs fallen große Mengen radioaktiven Materials an. Einige der hochradioaktiven Elemente strahlen tausende (Plutonium-239: 24.390 Jahre Halbwertszeit) oder Millionen Jahre (Uran-235: 700 Millionen Jahre Halbwertszeit) - das Uran-Isotop 238 hat gar eine Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren. Für diesen Zeitraum ein hundertprozentig sicheres Endlager zu finden ist utopisch. Eine sichere Entsorgung des Atommülls kann nicht gewährleistet werden.

Status quo

Mit dem „Atom-Konsens“ behauptet die Bundesregierung den Atomausstieg beschlossen zu haben. Tatsächlich haben Atomwirtschaft und Bundesregierung vertraglich den Weiterbetrieb der Atomanlagen gesichert. So gibt es nun Betriebsgarantien, bis die zugesicherten Stromkontingente aufgebraucht sind.

Damit haben die Betreiberfirmen jetzt einen einklagbaren Anspruch auf den Betrieb ihrer Anlagen.

Die gesellschaftlich stark umstrittenen Endlagerprojekte Gorleben und Schacht Konrad werden in diesem Vertrag nicht verhindert. Vielmehr wurde Schacht Konrad genehmigt und in Gorleben die Erkundung lediglich für einige Jahre ausgesetzt.

Und auch die „Wiederaufarbeitung“ des Atommülls, bei der das Volumen der radioaktiven Abfälle vervielfacht und die Umwelt stark

gen.

3. Ohne Atomstrom gehen die Lichter aus. Ein Atomausstieg ist technisch gar nicht möglich
4. Regenerative Energien können die Atomkraft nicht ersetzen (vielleicht eines Tages mal), sie sind technisch noch nicht ausgereift.
5. Die Umstellung des Energiesektors von Atomenergie auf andere Energieträger ist unbezahlbar.

Studien und Untersuchungen

Zwei - nicht mehr neue, aber immer noch aktuelle - Studien werden hier herangezogen und erläutert. Die erste ist von Greenpeace aus dem Jahr 1993, erstellt vom „Boston Centre des Stockholm Environment Institute“. Sie untersucht den schrittweisen Ausstieg aus der Nutzung von Fossil-Energieträgern bis 2100 und den Atomausstieg bis 2010.

Diese Studie bezieht sich auf den Primärenergieverbrauch, also nicht nur auf den Stromsektor, und präsentiert Szenarien für eine weltweite Umstellung der Energieversorgung. Sie ist konservativ, geht also prinzipiell davon aus, dass alles bleibt wie es ist: der Energiebedarf steigt, es gibt kaum effizientere neue Techniken im Bereich der regenerativen Energieträger und es gibt keine Einsicht für grundlegende Verhaltensänderungen in den Industriestaaten. Trotzdem erklärt die Studie die genannten Ziele für technisch und wirtschaftlich machbar.

Der Studie entsprechend sollen effizientere Energienutzungs-Techniken und regenerative Energien Schritt für Schritt die Fossilenergieträger ersetzen. Innerhalb von 40 Jahren sinken die energiebedingten CO₂-Emissionen auf 50%, bis 2100 auf 0%. Finanziert wird diese Umstellung über solche

Gelder, die die Staaten sowieso zur Lenkung des Energiesystems nutzen.

Die zweite Studie ist das „GRÜNE Energie-wende-Szenario 2020“ von 1996. Sie wurde vom Ökoinstitut Darmstadt erarbeitet. Sie beschränkt sich auf den Stromsektor in der BRD. Es gab nach der Regierungsübernahme von rot-grün weitere Nachfolgestudien, die sich aber leider nicht mehr mit dieser grundsätzlichen Fragestellung befassen haben.

Diese Untersuchung erklärt den Atomausstieg im gleichen Jahr noch für technisch und emissionsseitig beherrschbar. Damit verbunden wären höhere CO₂-Emissionen, die aber schon in den ersten sechs Jahren wieder kompensiert wä-

DAS IST FORTSCHRITT



**AUCH BEI
UNSACHGEMÄSSER
LAGERUNG
MINDESTENS
HALTBAR
BIS JUNI 101988**

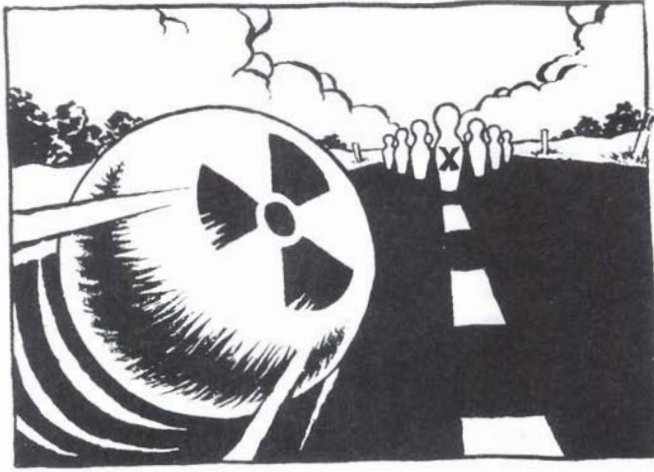
WELCHE KONSERVE SCHAFFT DAS NOCH?

verschmutzt wird, geht weiter. Bis mindestens 2005 darf der Müll in die Wiederaufarbeitungsanlagen La Hague und Sellafield geliefert werden. Die Verarbeitung des Mülls dauert dort erfahrungsgemäß noch einmal ca. 15 Jahre.

Atomausstieg? - unmöglich!

Das behaupten die Atomenergie-BefürworterInnen. Dabei berufen sie sich immer wieder auf einige schwerwiegende Argumente:

1. Aus Klimaschutzgründen kann aus der Atomenergie nicht ausgestiegen werden. Die CO₂-Emissionen würden dann nämlich steigen und den Treibhauseffekt anheizen.
2. An der Atomkraftnutzung hängen tausende Arbeitsplätze, die beim Ausstieg verloren gin-



ren. Danach sind die Abgaben sogar niedriger als im „Trend“-Szenario (also wenn alles bleibt wie es ist).

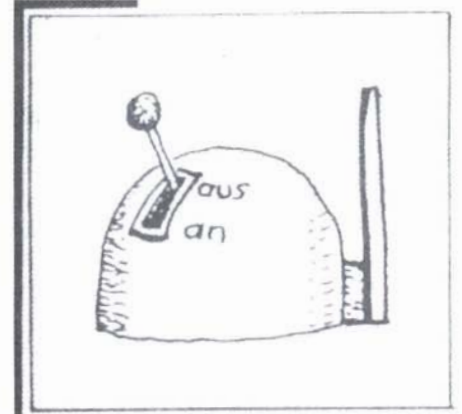
Dass es keine Engpässe in der Energiever-

sorgung geben wird, weist die Studie auch rechnerisch nach: Selbst beim Abschalten aller AKW beständen noch 15% Reserven bezogen auf den Tag des höchsten Stromverbrauchs. Diese 15% kommen durch die Überkapazitäten an installierter Kraftwerksleistung zustande.

Der Netto-Arbeitsplatzeffekt - also was unterm Strich steht, nach Abzug der wegfallenden Arbeitsplätze beispielsweise aus den AKW - beträgt bis 2020 einen Zuwachs von 200.000 Arbeitsplätzen. In diesem Zeitraum sinken die CO₂-Emissionen um 50% gegenüber 1990. 25% des bisherigen

Energieverbrauchs können *einfach* eingespart werden. Der Anteil regenerativer Energien steigt dabei von 4% (1992) auf 35% (2020).

Diese Studie finanziert ihr Szenario über eine Umschichtung von Ausgaben, die derzeit der Fossil- und Nuklearenergie-Industrie zugute kommen und dann für regenerative Energieträger eingesetzt werden sollen.



Nun also doch:

Bf S gibt Studie über Krebshäufigkeit an AKW-Standorten in Auftrag

sb In den vergangenen Jahrzehnten gab es immer wieder Untersuchungen, die auf eine erhöhte Krebshäufigkeit in der Umgebung von AKWs hinwiesen und diese vor allem mit der auch im „Normalbetrieb“ abgegebenen Radioaktivität in Zusammenhang bringen. AKW-Betreiber und auch die Regierungen taten die Ergebnisse dieser Studien in der Regel als nicht nachweisbar ab.

Jetzt endlich entschloss sich die Bundesregierung selbst eine solche Studie in Auftrag zu geben. Das Mainzer Kinderkrebsregister soll nun prüfen, wie es mit der Krebsbelastung an deutschen AKW-Standorten bestellt ist. Die ersten

Ergebnisse dürften allerdings nicht vor 2004 vorliegen, das Endergebnis gar erst 2005. Einem eigens für dieses Vorhaben eingerichteten Beirat gehören unter anderem auch IPPNW und das Umweltinstitut München an.

Ein Mitarbeiter des Instituts, der Physiker Alfred Körblein, erforscht bereits seit Jahren die Kinderkrebsrate im Umfeld von atomaren Anlagen. Über einen Zeitraum von fünf Jahren verglich er die Krebsraten an den drei bayrischen AKWs mit Statistiken aus dem übrigen Bayern. Seinen Untersuchungen zufolge ist die Krebsrate im Umfeld der Atommeiler „signifikant um 20 Prozent erhöht“.

Nach dem aktuellen Strahlenbericht gibt das bayrische AKW Grundremmingen mehr radioaktive Strahlung an die Umgebung ab als jedes andere deutsche AKW. Trotzdem bemühen sich die Betreiber zu betonen, dass die Werte noch immer deutlich unter den amtlichen Grenzwerten lägen. Auch das Ministerium in München erklärte, dass „nach wissenschaftlichen Erkenntnissen“ ein „Zusammenhang zwischen den Krebserkrankungen in der Umgebung von Grundremmingen und den Emissionen des Kraftwerks nicht hergestellt werden“ könne. ■



DAS ENDE DES ATOMZEITALTERS...

Und das Fazit?

Die umrissenen Studien sind nur Beispiele für Untersuchungen, die den Sofortausstieg als realisierbar beschreiben. Je nach Schwerpunktsetzung zeigen sie, dass das sofortige Abschalten aller AKW möglich ist, dass es langfristig keiner Fossilenergieträger für den Energiesektor bedarf und das AKW den Klimaschutz eher behindern als fördern. Die Argumente der Atomlobby erweisen sich als haltlos. ■

Anti-Atom in Magdeburg

AntiCastorNetz Magdeburg

www.AntiAtom.de/Magdeburg

Infotel.: 01 62-860 89 49

AntiCastorMD@gmx.de

- Aktuelles aus der Atom-Politik
- Infrastruktur zum Selbst-Aktivwerden
- Veranstaltungen & Aktionen
- Prozessinfos Magdeburger AtomkraftgegnerInnen

"BOLINOs cyclcommission_03: Erlebniswelten für Kids": Duales System manipuliert Kinder

ACN Mit kreativen Mitteln soll Kindern der "Grüne Punkt" und die "Agenda 21" vermittelt werden. Das erklärt das Duale System Deutschland (DSD) in einem Schreiben an die Greenkids. Der Verein wird gebeten, weitere Kinder zu den Veranstaltungen des Grünen Punkts zu mobilisieren.

Am 4. Juli von 9⁰⁰ bis 16⁰⁰ "landet" BOLINO, das Außerirdischen-Maskottchen, das die Werbestrategie des DSD entworfen haben, auf dem Domplatz in Magdeburg. "In fünf Erlebniswelten können die Kinder auf 1.600 Quadratmetern den Schutz von Wasser, Boden und Luft sowie das Thema Konsum & Abfall mit allen Sinnen erforschen." Sie sollen so, wie bereits mehr als 7000 Schulkinder bisher, für Nachhaltigkeit begeistert werden, ein Begriff, mit dem Eingriffe in die Umwelt, soziale Einschnidungen und wachsende Einflussmöglichkeiten von Wirtschaft und Staat in die Menschen betreffenden Entscheidungen legitimiert werden.

Gewiss schadet ein Besuch dieser Veranstaltung nicht. Ziemlich sicher haben sich die Marketing- und Pädagogik-ExpertInnen des DSD eine interessante Show ausgedacht. Die BesucherInnen sollten sich aber vor Augen halten, wer diese Aktion ausrichtet, und dass wirtschaftliche

(Grüner Punkt) und ideologische Interessen (Agenda 21) die Motivationen dieser Veranstaltung sind.

Wer ernsthaft für den Atomausstieg und eine Bannung der Gentechnologie eintritt, wer nicht hinnehmen will, dass die Wirtschaft immer offensichtlicher die Machtfäden übertragen bekommt, wer für eine wirkliche Gleichberechtigung aller Menschen eintritt, kann kaum die "Agenda 21" gutheißen. Was viele Agenda-BefürworterInnen nämlich nicht wissen, ist dass in diesem Dokument die Förderung der Atomkraft und Gentechnik propagiert wird. Auch ist keineswegs von gleichberechtigtem Mitbestimmen der Menschen die Rede. Vielmehr soll die Wirtschaft "gleichberechtigt" von den Behörden behandelt werden, den Verbänden und Einzelpersonen dagegen wird nur "Beteiligung" zugestanden. Agenda 21 bedeutet mehr Entscheidung "von oben", wird aber als Mitbestimmung vermarktet.

Der "Grüne Punkt" wurde zu seiner Einführung noch massiv von allen großen Umweltverbänden bekämpft, mittlerweile herrscht ein Geklüngel mit dem DSD vor, kaum noch was von Kritik zu spüren. Der Grüne Punkt hat eine Abfallreduzierung verhindert. Er wurde eingeführt, als auf Bundesebene umfangreiche Rücknahmeverpflichtungen für Verpackungsmaterialien im Handel eingeführt

werden sollten. Er war eine Reaktion der Wirtschaft, die sich mit dem Grünen Punkt selbstverantwortlich dem Abfallproblem annehmen wollte. Nun hat einfach (fast) jede Verpackung einen Grünen Punkt und kann über das DSD entsorgt werden. Zu einer Reduzierung des Müllaufkommens führte das jedoch nicht - im Gegenteil. Hinzu kommen Unmengen von Skandalen, die das DSD und sein "Recycling" ungläubwürdig gemacht haben.

An erster Stelle sollte immer die Abfallvermeidung stehen, dann erst kommt die Verwertung, das Recycling. Denn in den meisten Fällen bringt Recycling keine gleichwertigen Produkte mehr zustande. Aus einer Cola-Dose wird eben kaum wieder eine solche. Die Werbung des DSD suggeriert jedoch, alles wäre schon in Ordnung, wenn Leute nur ihren Müll trennen würden. Unnötige Verpackungen können ruhig weiter konsumiert werden.

Kinder sind eine begehrte Zielgruppe, lassen sie sich doch vielfach noch leichter beeinflussen als Ältere. Außerdem sind sie die KonsumentInnen von morgen. Durch frühzeitiges Vermitteln der DSD-Ideologie ist auch ein späteres unkritisches Verhalten wahrscheinlicher.

"Löwenzahn" in die Budenberg-Villa? Antipathie für die Jugend

fb Die Geschichte der "Villa Hügel", hiermit ist die Budenberg-Villa in der Schönebecker Str. 10 (oder auch 11-13, das war wohl die frühere Ausschilderung) gemeint, war am 10. April Thema des "Erzählcafés" im Volksbad Buckau. Eigentlich ging es um die historische Entwicklung des Hauses, seinen Ausbau, Eigentumsverhältnisse und die Nutzung zu DDR-Zeiten. Nur in einigen wenigen Sätzen äußerte sich einer der Referenten (die maskuline Form ist hier bewusst gewählt: es gab keine Frauen, die vorzutragen hatten) zum Löwenzahn-Projekt. Aber diese Worte hatten es in sich. Sinngemäß: die aus dem Thiembuktu wollen die Villa Hügel übernehmen, damit wäre das Haus hinüber.

Schade, von diesem alten Herrn (ich hoffte seinen Namen im Ankündigungstext des Volksbads zu finden, dem war aber leider nicht so), der sich in wiederholender Weise kritisierend zur arm-reich-Scheere äußerte und sich dagegen aussprach, dass solche Villen meist nur Wohlhabenden vorbehalten sind, nun solche offensichtlich unwissenden und vorurteil-behafteten Worte gegen das Löwenzahn-Projekt zu hören. Das Publikum - ca. 50 SeniorInnen, offensichtlich mit großer "Stammesbesetzung" - sah das das wohl ebenso, denn sowas wie ein zustimmendes Gemurmel war zu vernehmen. Die alte Generation gegen die junge??

Wohlgermerkt haben wir hier die Chance, eine neue Diskussion im grünen blatt anzuregen. Denn

der betreffende Herr scheint zum LeserInnen-Kreis zu zählen. Die Quelle seiner Ausführungen war der Artikel zum Projekt in der letzten Ausgabe. Vielleicht liest er diesen und meldet sich darauf. Die Zusammenhänge legte er sehr seltsam dar: das Thiembuktu solle in die Villa ziehen, das grüne blatt als Zeitung des Thiembuktus und die versteckte Message "wenn die kommen, ist das schöne Haus hinüber". Dabei sagte er noch einige Sätze zuvor, dass durch den Denkmalschutz niemand das Haus haben wolle und es somit am vermodern sei, was ja nicht toll wäre.

Dass nun das grüne blatt die Zeitung des Thiembuktu sei - was soll mensch dazu noch sagen? Der Löwenzahn-Verein entspricht dem Thiembuktu?? Woher kommen solche Gedankengänge? Klar ist ja, dass das Löwenzahn-Projekt eine Idee aus Greenkids ist, aber der Thiembuktu. An der Planung des Projekts ist der Thiembuktu nicht beteiligt. Erst seit etwa einem Jahr ist er an Greenkids-Veranstaltungen beteiligt. Auch zum jetzigen Zeitpunkt ist eine solche Assoziation verfehlt. Wenn das die Leute Thiembuktu erfahren!

Naja, es ist nun aber erstmal traumatisch, dass einige SeniorInnenkreise (eigentlich blöd, denn eine solche Formulierung Leute nach ihrem Alter zu stigmatisieren...) unserer Idee ablehnend gegenüber zu stehen scheinen. Denn oft hat die Stimme der "Alten" mehr Gewicht, auch wenn das nicht unbedingt

richtig ist. Ärgerlich ist aber vor allem diese widersprüchliche Logik... Einmal soll das Haus nicht verfallen, aber das Löwenzahn-Projekt soll es nicht bekommen. Dann: Villen nur für Reiche sind scheiße, aber ein Vorhaben, das Leuten unabhängig vom Einkommen (und Alter!) das Leben und Wirken in einem solchen Haus ermöglichen soll, sollte besser nicht sein. Und zum Schluss wird das Thiembuktu unterschwellig diffamiert, doch der Herr Referent erzählt fast im gleichen Atemzug genüsslich von seinen Safttouren; hält sich und seinesgleichen aber wohl trotzdem für "besser" (wobei dieser Vergleich nicht die Assoziation "Thiembuktu = Altk" kräftigen soll).

Festzuhalten ist erstmal: Ob "Löwenzahn" in die Budenberg-Villa oder einem anderen Haus aufgebaut wird, ist noch offen. Es gibt aber definitiv Vorbehalte, die sich aus Unwissenheit und Vorurteilen ergeben. Das könnte auch auf andere Hausstandorte Auswirkungen haben. Gut wäre es, wenn Klärung über die Inhalte des Projekts führen zu können. Wissen schadet schließlich nicht - auch nicht mit Lebenserfahrungen überhäuftten Senioren. In diesem Zweck: gern stellen wir die Idee eines biologischen Wohn- und Projekthauses in Buckau vor.

Einfach melden unter 01 62-860 89 49 oder mail@projekthaus-loewenzahn.org.

Brief aus dem Knast

Liebe GenossInnen und FreundInnen

Am 16.4.2003 wurde ich gegen 14.00 Uhr auf meiner Praktikumsstelle in Magdeburg vom FK 4 (Kripo für politisch motivierte Straftaten) verhaftet. Es wurde mir mitgeteilt, daß gegen mich ein Haftbefehl, vom Bundesgerichtshof, vorliegt. Aus diesem Haftbefehl ging hervor, daß ich beschuldigt werde, Mitglied in einer terroristischen Vereinigung (§129a) zu sein. Diese Vereinigung soll sich spätestens im August 2001 in Magdeburg gegründet haben und unter wechselndem Namen mehrere Brand- und Sprengstoffanschläge begangen haben. Folgende Brandanschläge soll die Vereinigung begangen haben:

1. Brandanschlag am 21.08.2001 auf eine Daimler Chrysler AG Niederlassung in MD unter dem Namen "revolutionäre aktion carlo guliani"
2. Brandanschlag in der Nacht vom 17. auf den 18.02.2002 auf zwei Fahrzeuge der Deutschen Telekom AG in Magdeburg unter dem Namen "kommando freilassung aller politischen gefangenen"
3. Brandanschlag am 18.03.2002 auf das Gebäude des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt und etwa zeitgleich ein versuchter Brandanschlag auf ein Dienstfahrzeug des BGS, beide Anschläge fanden ebenfalls in Magdeburg statt, unter dem Namen "kommando freilassung aller politischen gefangenen"

Zu allen Anschlägen soll es Selbstbeischuldigungs schreiben geben, des weiteren soll die Vereinigung noch unter dem Namen "kommando globaler widerstand" aufgetreten sein. Welchen Anschlag das "kommando globaler widerstand" begangen haben soll, geht aus meinem Haftbefehl jedoch nicht hervor.

Bereits am 27.11.2002 wurden Marco und Daniel, unter dem Vorwurf sie hätten die Anschläge auf das LKA und den BGS begangen, verhaftet. Seit dem sitzen beide in U-Haft. Am 01.04.2003 kam es zu mehreren Hausdurchsuchungen in Magdeburg und Dessau, wobei auch die WG durchsucht wurde, wo ich bis zu meiner Verhaftung wohnte. Aus meinem Haftbefehl ging nicht hervor, ob bei mir etwas beschlagnahmt wurde, was zur abenteuerlichen Konstruktion der Bundesanwaltschaft paßt. Ein Großteil unserer Gegenstände, die das BKA in unserer WG beschlagnahmte, sind schon vor meiner Verhaftung an meinen Mitbewohner wieder ausgehändigt wurden.

Da am 27.05.2003 die 6 Monate U-Haft von Daniel und Marco um sind und sie damit eine erneute Haftprüfung, vor der nächst höheren Instanz, beantragen können, sah sich wohl die BAW einem ungeheuren Erfolgsdruck ausgesetzt. Da eine terroristische Vereinigung mindestens 3 MitgliederInnen beinhalten muß, lag es wohl auch nah, noch einen "Terroristen" zu konstruieren.

Aus meiner Sicht scheint es fast so, daß die BAW fürchtet, daß ihre haarsträubende Konstruktion, vor der nächsten Überprüfung des Haftgrundes für Daniel und Marco, nicht mehr stand hält und sie dem Ermittlungsrichter einen neuen Fund präsentieren mußten.

Die Konstruktion der BAW

Laut der BAW soll sich die terroristische Vereinigung aus dem "Autonomen Zusammenschluss Magdeburg" heraus gebildet haben. Demnach sollen "fast alle Mitglieder" des "Autonomen Zusammenschlusses" ab August 2001 der terroristischen Vereinigung angehören. Dies ist

ein weiterer Versuch eine bestehende, legale, linke Gruppe zu kriminalisieren, so wie es schon in der Vergangenheit in Göttingen oder Passau geschehen ist. Die BAW blendet dabei völlig die Geschichte und den Aktionsrahmen des "Autonomen Zusammenschlusses" aus. Die "AZ" gründete sich Anfang 2000 mit dem Ziel, linke und linksradikale Themen öffentlich zu machen. So wurden Infoveranstaltungen, Volkküchen, Demonstrationen, Kundgebungen, Flyeraktionen und Konzerte organisiert.



Es entstand eine offizielle Internet-Homepage und es gab ein Postfach (was auf vielen Flugblättern und auf der Homepage als Kontaktadresse erwähnt wurde). Dies alles sind keine Merkmale einer konspirativ organisierten Gruppe, was die BAW aber anscheinend nicht zum Nachdenken anregt. Daß fast alle aktiven Mitglieder im AZ bekannt waren (z.B. durch die Anmeldung des Postfaches und der Homepage, oder durch Demoanmeldungen) ist mehr als ungewöhnlich für eine terroristische Vereinigung. Auch die Treffen wurden an öffentlichen Orten abgehalten. Tut so etwas eine Gruppe, die sich laut BAW "streng nach außen abschottet"?

Der § 129a

Der eigentlich zur Terrorismusbekämpfung eingeführte §129a StGB gestattet den Ermittlungsbehörden eine umfassende Überwachung politischer Gegner. Der umstrittene Paragraph wird seit Jahren ohne großes öffentliches Interesse gegen kleinere, legale linke Organisationen angewendet. Verschärft wurde der Paragraph immer dann, wenn eine Widerstandsbewegung besonders stark geworden war. So zum Beispiel 1986, als das Umsägen von Strommasten als terroristische Aktion mit aufgenommen wurden, gerade als die Anti-AKW-Bewegung ihren Höhepunkt erreicht. Der Paragraph wurde in den 90ern massenhaft gegen die radikale Linke eingesetzt. Im Zeitraum 1996 - 2000 wurden z.B. 494 §129a Verfahren gegen Linke eingeleitet (wöchentlich zwei) und insgesamt während des gesamten Zeitraumes 3 Verfahren gegen Rechte. In nur 29 Verfahren kam es überhaupt zur Anklageerhebung, insgesamt 3% der Verfahren endeten mit einem Urteil. Dieser Paragraph wird hauptsächlich zur Einschüchterung und Überwachung von unbekanntem politischen Menschen genutzt.

Er ist ein Gesinnungsparagraph, dessen Abschaffung Bündnis 90/Die Grünen bis zu ihrer Regierungsbeteiligung forderten, der schwammiger nicht sein könnte.

Die Fluchtgefahr

Laut dem Ermittlungsrichter lag bei mir eine Fluchtgefahr vor. Diese lag vor, weil ich bei meiner Hausdurchsuchung mich von meiner Wohnung fernhielt, obwohl ich von dieser informiert war. Ich befand mich die ganze Zeit in einem öffentlichen Jugendclub. Außerdem fuhr ich einen Tag nach der Durchsuchung nach Berlin, um mich mit meinem Anwalt zu treffen. Des weiteren habe ich mich geweigert, meine beschlagnahmten Gegenstände persönlich von der Kripo abzuholen und statt dessen meinem Mitbewohner eine schriftliche Vollmacht ausstellte, so daß dieser die Sachen ausgehändigt bekam.

Dies waren die richterlichen Begründungen für meine Fluchtgefahr. Den Richter schien es nicht zu interessieren, daß ich nur meine Rechte in Anspruch nahm. Er ignorierte auch, daß ich eine feste Wohnung habe, eine Schulausbildung machte und ein festes soziales Umfeld besitze. Auch daß ich mir seit dem 27.11.2002 (Verhaftung von Daniel & Marco) denken konnte, daß gegen mich ermittelt wurde und seit dem 01.04.2003, durch den Durchsuchungsbeschluß, es auch noch schriftlich hatte und ich jede Möglichkeit gehabt hätte abzutauchen, war nicht von Interesse.

Weiterhin wurde auch meiner Zusammenarbeit mit der Soligruppe Magdeburg/Quedlinburg (u.a. die Anmeldung einer Kundgebung und eine Pressekonferenz, wo sich die Soligruppe, einschließlich mir, öffentlich präsentierte, einen Tag vor meiner Verhaftung) keinerlei Bedeutung beigemessen. Auch mein Anwalt konnte beim besten Willen nicht verstehen, wo bei mir Fluchtgefahr vorgelegen haben soll.

Fazit

Ich wurde in die JVA Rheinbach überführt, wo ich seit dem 17.04.2003 einsitze. Die Gesprächsangebote des BKA wurden von mir abgewiesen. Ich habe keine verschärften Sicherheitsmaßnahmen außer, daß das BKA die Besuche (außer Anwaltsbesuche) überwacht und meine Post vom BGH überprüft wird.

An dieser Stelle möchte ich der Soligruppe Magdeburg/Quedlinburg viel Kraft und Liebe wünschen, ich weiß ihr habt es nicht einfach. Ansonsten viel Mut, Kraft und Ausdauer an alle, die den Kampf gegen Unterdrückung nicht aufgeben und für eine gerechtere und sozialere Welt weiterkämpfen!

KEINE ATEMPAUSE; GESCHICHTE WIRD GEMACHT; ES GEHT VORAN!

Mit anarchistischen Grüßen Carsten - § 129a Gefangener; JVA Rheinbach, 23.04.2003

10 Jahre Projektwerkstatt Saasen

ProWe Am 1. April wird die Projektwerkstatt in Saasen 10 Jahre alt. Das ist kein besonderer Tag zum Feiern, denn die Bilanz ist eher betrüblich - zumindest was die immer vorhandene Hoffnung betrifft, sich einer herrschaftsfreien Welt zu nähern. Das Gegenteil ist der Fall.

Zudem ist "10 Jahre" keinerlei Grund zum Feiern, weil die Projektwerkstatt kein Selbstzweck ist. Sie ist als offene Aktionsplattform organisiert, d.h. alle Infrastruktur ist gleichberechtigt und ohne Schranken allen Menschen und Initiativen zugänglich, die damit agieren wollen: politisch, künstlerisch, kreativ, frech, versteckt oder offen...

Über die Jahre ist in dem Haus eine große Sammlung an Handlungsmöglichkeiten entstanden: Layout von Zeitungen, Flugblättern usw. ist in einem Raum mit passender Ausstattung möglich. Internetseite können in einem anderen gefertigt werden. An wieder anderer Stelle stehen Materialien für Tonaufnahmen - von experimenteller Musik bis zu Radiobeiträgen. Und wieder andere Ecken bieten Platz für Theater- oder Musikproben, für Fotoprojekte (mit Fotolabor) oder für die Vorbereitung direkter Aktionen von T-Shirt-

Druck über Transpi- und Schablonenbau bis zu Kostümen. Durchzogen sind alle Räume, Flure und verwinkelt gestalteten Räume von Bibliotheken und Archiven zu allen politischen Themen.

Kein Raum, kein Computer, kein Ordner und kein Schrank ist zugangsbeschränkt. Nirgendwo herrschen Vorstände oder Eliten über Schlüssel und Passwörter. Wer aktiv werden will, kann die Projektwerkstatt nach eigener Idee nutzen. Das Haus lebt davon, dass Menschen und Gruppen ihre Ideen verwirklichen aber auch mitbringen, was sie selbst... der Lott der Privatentums herauszerrn und in einem offenen, kooperativen Rahmen einbringen wollen. Denn: Was immer in die Projektwerkstatt gestellt wird, gehört ab diesem Zeitpunkt allen - oder niemandem, wie die ProjektwerkstättlerInnen gerne sagen:

"Eigentum ist eine wesentliche Grundlage von Herrschaft. In der Projektwerkstatt ist die aufgehoben - alle haben gleichen Zugriff auf alles!"

In dieser Fülle und Offenheit ist die Projektwerkstatt in Deutschland einzigartig... ähnliche Strukturen gibt es als Einzelräume nur in einigen Zentren. Als größere Gebäude

finden sie sich dagegen nur in anderen Ländern. "Wir sind in Deutschland eher isoliert mit unserem Ansatz - leider sind politische Gruppen auch sehr herrschaftsförmig aufgebaut, haben ihre eigenen internen Kontrollstrukturen", ist von ProjektwerkstättlerInnen zu hören, die mit ihrer Kritik an den Dominanzverhältnissen auch immer wieder anecken. In und um die Projektwerkstatt ist dagegen die Kreativität deutlich zu spüren. Die Gestaltung der Räume ähnelt der frech-widerständigen Art politischer Aktionen. Dabei agieren nie alle, sondern immer Menschen und Gruppen mit eigenen Ideen und unter eigenem Namen. Das Haus steht als Ort mit seinen Einrichtungen zur Verfügung - auch überregional, denn ein Seminarhaus mit 22 Betten ist Teil des Ganzen.

10 Jahre Projektwerkstatt werden nicht gefeiert. Aber das Haus ist und bleibt offen allen, die es nutzen oder auch weiterentwickeln wollen. Wir vertragen noch viel mehr Aktion und Vielfalt. Chaos als Folge von selbstorganisierter, widerständiger Kreativität kann es gar nicht genug geben", wünschen sich die Aktiven der Projektwerkstatt ein noch volleres und bunteres Haus.

Und: "Schafft 100, 1000 Projektwerkstätten und offene Aktionsplattformen - überall!"
Internet:

<http://www.projektwerkstatt.de/saasen>

Terror!

ACN Wie in vielen Zeitungen berichtet wurde, trieben im November '02 und April '03 Terrorist(Inn?)en in Magdeburg und Quedlinburg ihr Unwesen. Terror ist "das Anwenden von Gewalt zur Verbreitung von Furcht und Schrecken" sagt "Meyers neues Lexikon" (war 1976 mal neu); andere Nachschlagewerke verbinden mit diesem Wort nur eine "Schreckensherrschaft". Terrorismus im ursprünglichen Sinne zielt also auf Einschüchterung ab. Menschen sollen es nicht wagen, gegen die "Schreckensherrschaft" aktiv zu werden.

Die oben genannten Terroristen (ich gehe mal davon aus, dass es ausschließlich Männer waren, die ihrem männlichen Selbstbild gerecht wurden - wobei es ja auch Frauen gibt, die "männlich" auftreten) handelten im Auftrag der Bundesanwaltschaft (BAW). Ihre Rechtfertigung: sie jagen TerroristInnen. Wer oder was Terrorismus ist, definiert sich die "Schreckensherrschaft" selbst. Hierzulande tut sie das vor allem im §129a StGB. Dort wird eine "terroristische Vereinigung" beschrieben.

Der Vorwurf gegen die sogenannten "TerroristInnen", die von den Terroristen entführt wurden, lautet auf Sachbeschädigung. Die Schadenssumme war relativ gering. Gut, hätten die ihnen vorgeworfenen Aktionen funktio-

niert, wäre es teurer geworden. Aber gegen was richteten sich diese Taten? Gegen Sachen, nicht gegen Menschen. Sie griffen Gebäude und Fahrzeuge an, die im Besitz des Systems der "Schreckensherrschaft" waren. Damit waren es für die Terroristen "TerroristInnen".

Am 27.11.02 überfielen die BAW-Terroristen die angeblichen "TerroristInnen" Marco und Daniel. Marco war gerade auf dem Weg vom Bäcker, als er von mehreren Personen überwältigt wurde. Daniel wurde in der Wohnung seiner Mutter, wo er zu Besuch war, heimgesucht. Dann, Monate später, am 16. April wurde noch so ein Terrorist gefangen: Carsten. Vor den Augen der Kinder des Heims, in dem er arbeitete, wurde er festgenommen.

Und die Moral von der Geschichte?

Wer sich gegen die Schreckensherrschaft auflehnt, bekommt es mit dem Schrecken zu tun...

Die Herrschaftlichen definieren, was Recht und Unrecht ist. Damit die Beherrschten nicht aufmucken, wird ihnen erzählt, dies alles diene ihrem Besten und nur zum Schutz. Das wird ihnen über alle möglichen herrschaftlichen



Institutionen eingetrichtert, deren Besuch auch nur ihrem Wohle dient. Diese Einrichtungen werden dann Schulen, Universitäten, Bildungsträger, ... genannt (natürlich ist nicht jeder freie Träger einer solchen Einrichtung per se herrschaftlich, aber auf viele trifft so eine Bezeichnung zu). Über die "freien" Medien mit ihrer Selbstzensur wird das herrschaftliche System immer und immer wieder reproduziert. Am Ende der Kette steht die "StaatsbürgerIn". Sie ist - wenn alles geklappt hat - kritisch gegenüber ihrem eigenen System, stellt es aber nicht wirklich in Frage. Letzten Endes müssen Gesetze schließlich sein, Polizei auch und Militär nicht anders. Wir brauchen das alles, um uns vor den bösen anderen zu schützen.

Und dann kommen diese "Radikalen". Sie werden - denn mensch differenziert ja - unterteilt in "ExtremistInnen" (die sind verfassungsfeindlich und damit ganz böse) und in "Radikale" (die sind nicht unbedingt verfassungsfeindlich, aber unverbesserlich). Die wollen unsere kleine (fast) heile (zumindest bestmögliche) Welt kaputtmachen. Und damit das nicht passiert, muss etwas dagegen gemacht werden.

So kommt es dann, dass die aufmüpfigen Beherrschten nicht nur von den herrschaftlichen, sondern auch von den normalen Beherrschten angegriffen werden (jedE mit ihren Mitteln). Die sich gegen die "Schreckensherrschaft" aufgelehnt haben, werden auch von den anderen Beherrschten ausgestoßen. In der Menschheitsgeschichte passiert das nicht zum ersten Mal...

So geht Politik ... Umweltschutz zum Herrschaftsausbau

fb Im folgenden wird ein Artikel aus dem Elbe Report vom 7. Mai 2003 kommentiert. Unter der Fragestellung "Windkraft im Land stärken?" wurden in der Rubrik "PRO & CONTRA" zwei gar nicht so gegensätzliche Positionen gegenübergestellt. Damit diese Aussagen richtig zur Geltung kommen, hier zunächst die Texte, danach meine Kommentare.

PRO:

"Die Ausnutzung der natürlichen Windkraft ist Teil der notwendigen Umsteuerung unserer Energieproduktion von der Rohstoff verbrauchenden und die Umwelt belastenden Energieproduktion hin zu der belastenden Energieumwandlung aus der natürlichen Sonneneinstrahlung."

Alle der Windkraft in der aktuellen Diskussion zugeschriebenen Nachteile wie Schattenwurf, Naturschutzunverträglichkeit, Geräuschbelastigung, Sicherheitsgefährdung usw. werden nur deshalb zum Problem, weil offenbar die bisherigen bauordnungsrechtlichen Vorschriften nicht allen in der Praxis aufgetretenen Berührungspunkten zwischen Mensch und Technik gerecht geworden sind. Mit entsprechenden Abstandsregelungen dürfte diesen Problemen einfach beizukommen sein. Wichtige Argumente für den Ausbau der Windkraftenergiegewinnung dürften die Schaffung verhältnismäßig vieler Arbeitsplätze, die hohe Stromausbeute im Verhältnis zu Bau- und Betriebskosten, keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt, das Innovationspotential für den Technologiestandort Deutschland, zunehmende Wirtschaftlichkeit und die auch für weniger technisch entwickelte Länder erschwingliche Technologie sein."

CONTRA:

"Nach unseren Erfahrungen ist die Vertretung gesundheitlicher Belange durch die Gesundheitsämter ein immer wichtiger werdender Teilaspekt. Über Mindestabstände zu Wohngebieten sind die belastenden Wirkungen von Lärm und Schattenschlag der Windenergieanlagen zu begrenzen. Wir fordern je nach Anlagenhöhe 500 - 1000 Meter Abstände zu Siedlungen. Sie sollen nicht im Osten oder Westen mit bei auf - und untergehender Sonne langen Schattenreichweiten errichtet werden, da die Wirkung optischer Immissionen auf die Psyche des Menschen erheblich ist. Der Konfliktentstehung ist durch die Bündelung der Anlagen in Windparks und der Beschränkung auf geeignete Standorte zu beggung Wildwuchs in der Fläche zu verhindern."

Das Ziel des Erhalts der Lebensqualität und des Erholungswertes der Landschaft verbindet hier Umwelt-, Naturschutz- und Gesundheitsinteressen besonders eng. Mit einem aktuellen Anteil der subventionierten Windenergieanlagen von nur 4,5 Prozent an der Stromerzeugung in Deutschland kommen Akzeptanzprobleme auf.

Erneuerbare Energien haben eine zunehmende Bedeutung, aber auch natürliche Grenzen. Maßnahmen zur besseren Energienutzung und Senkung des Verbrauchs haben deshalb die höchste Priorität."

Was zuerst auffallen sollte, ist dass kaum ein argumentativer Unterschied zwischen den beiden Positionen erkennbar ist. Würde nicht "PRO" und "CONTRA" darüber stehen, es wäre kaum möglich, diese Einteilung vorzunehmen.

Eigentlich klingen sie ja ganz gut, die beiden Texte. Grundlegend gegen die Windkraftnutzung sind sie nicht. Beide differenzieren, zeigen die großen Vorteile, aber auch Bereiche, in denen Nachteile entstehen können. Wo ist also das Problem? Ganz bewusst wurden für diese Wiedergabe im grü-

nenblatt die Namen nicht gleich bei den Texten abgedruckt. So steigt die Spannung, wer hier welche Positionen vertritt. Schätzungsweise würden viele umweltengagierte Menschen auf den NABU, BUND oder eine Partei mit ökologischem Touch tippen, die den ersten Text verfasst hat.

Kein Wunder, denn die Argumentationsmuster entsprechen denen, der sich die "Umweltbewegung" in letzter Zeit immer wieder bedient: Umsteuerung im Energiesektor, Arbeitsplätze, Wirtschaftsvorteile. Die Nachteile können "reguliert" werden. Mit diesen Argumentationen etablierten sich die NGOs und umweltkritischen Parteien bei den Massen. Niemand wirft ihnen jetzt noch "Radikalität" vor. Sie sind gut angekommen in der Politik, kritisieren und beraten die politischen Gremien hin und wieder.

Doch der Text kommt nicht aus diesem Lager. Gerhard Ruden heißt der Verfasser, er ist CDU-Abgeordneter im Landtag. Verwundert das jetzt, wo die CDU doch bald nach der Regierungsübernahme in Sachsen-Anhalt angekündigt hat, die Ausbreitung der Windkraftanlagen einzudämmen?

Im "CONTRA"-Text wird auf den ersten Blick auch nichts wirklich grundlegendes gegen die Windenergie gesagt. Es soll nur Rücksicht auf die Auswirkungen "optischer Immissionen" genommen werden. Trotzdem zeigt sich in einigen Formulierungen am Unterton, warum dies eine Gegen-Position ist. Hier ist der Autor der einigen nicht unbekannt Dr. Bernd Thriene, langjähriger Chef des Bezirkshygieninstituts Magdeburg, der sich schon zu DDR-Zeiten einen zweifelhaften Ruf in den Reihen der UmweltschützerInnen erarbeitete und auch die politische Wende gut überstand - er führt nach wie vor das gleiche Institut an, hat sich offenbar gut arrangiert. Thriene trat auch bei der letztjährigen Tschernobyl-Tagung von Greenkids, FH und FES auf und nutzte diese Veranstaltung, um ein Plädoyer für die Atomkraft zu halten. Dieser Mann hat wie es scheint schon immer "sein Ding" gemacht (zumindest vermittelt er dies bei genannter Tagung so), die Stasi verbot weitere Messungen der Radioaktivität nach Tschernobyl, er tat es trotzdem. Aber nicht, um etwas gegen die Vertuschung der Gefahren zu tun. Er war ein erbitterter Gegner der damaligen Öko-AktivistInnen (deren eigenen Aussagen zufolge), versucht das heute aber zu schönigen.

Mit der Formulierung von der "subventionierten" Windkraft, die einen Anteil "von nur 4,5 Prozent an der Stromerzeugung" hat, wertet er diesen regenerativen Energieträger unterschwellig ab. Er erweckt den Eindruck, bei anderen Energieträgern sähe es anders aus. Stimmt aber ja nicht, wenn mensch mal an Atomkraft oder Braunkohle und ihre Subventionen denkt. Und nicht nur die Verwendung von Windenergie hat "natürliche Grenzen", das trifft auf alle anderen Energien ebenso zu. Nur Phrasen, die aber wirken.

Was macht aber diesen Artikel nun zu einem guten Beispiel für die Verwendung ökologischer Argumentation zur Stärkung von Herrschaftssystemen? Windenergie ist ein Thema der Umweltbewegung (gewesen). Viele UmweltschützerInnen glauben, per Definition fortschrittlich, emanzipatorisch zu sein. Denn viele Jahre waren ökologische Forderungen von einer "Bewegung von unten" dominiert, als es gegen Atomkraft, Autobahnbau, Flughafenausbau etc. ging. Doch diese Zeiten sind vorbei.

Jetzt fordern UmweltschützerInnen weniger Eingriffe in die Natur, weil das Arbeitsplätze bringt, der Wirtschaft gut tut oder was auch immer. Und realisiert werden soll dies über immer neue Gesetze und Verordnungen; auch Kooperationen mit der

Wirtschaft müssen sein, damit es klappt. Denn im letzten Jahrzehnt hat sich die staatskritische Argumentation wieder gewandelt. Die Einsicht kam, dass es ohne den Staat und seine Gesetze nicht geht, dass die Wirtschaftsinteressen bei schlauer Herangehensweise den Umweltschutz viel besser voranbringen könnten.

So setzen sich die Umwelt-NGOs ("Nichtregierungsorganisationen") für den Staat und den Kapitalismus ein, wenn sie "Anwälte der Natur" spielen. Das grundlegende Problem aller Umweltprobleme (und auch vieler anderer Kritikgegenstände sozialer Bewegungen) sind die bestehenden Verhältnisse, die Herrschaft, die einige Menschen auf andere ausüben. Ohne Herrschaftsinstitutionen wie den Staat mit seinem Militär- und Polizeiapparat und ohne Herrschaftsverhältnisse, wie die vom Kapitalismus und den Konzernen produzierten wirtschaftlichen Abhängigkeiten, sind viele Umweltprobleme kaum noch vorstellbar. Sie sind notwendige Mittel, um Atomkraftwerke zu bauen und in Betrieb zu halten, um Menschen zu "enteignen", kurz gesagt, um Leuten Sachen aufzuzwingen, die sie nicht wollen.

Der CDU-Mann Gerhard Ruden fordert für die Bewältigung der Windenergie-Problemen neue, bessere gesetzliche Vorschriften. Thriene tut es ebenso und verlangt noch eine Bündelung der Anlagen in Windparks. Zum einen sind aber gerade solche Anhäufungen problematischer, weil sich Lautstärke, Einfluss auf Vögel (Naturschutz), "Landschaftsverfälschung" summieren oder gar potenzieren. Zum anderen, was noch wichtiger erscheint, unterstützt diese Forderung die Investition finanzstarker Unternehmen in diese Windparks. Denn welche PrivatnlegerInnen-Gemeinschaft kann sich gleich einen ganzen Windpark leisten? Nun gut, da gibt es schon vereinzelte. Doch im wesentlichen werden es große Konzerne sein, die solche Windparks bauen. Die einzelstehende Anlage von Menschen, die mit ihrer Investition die Monopolstellung der Energiekonzerne angreifen wollen, stößt dann u.U. sogar auf Misskredit.

Unterm Strich fordert dieser "PRO & CONTRA"-Artikel also mehr Gesetze und bessere Chancen für kapitalreiche Unternehmen. Vom (möglicherweise) emanzipatorischen Wirken der "Zukunftenergie" Windkraft ist nichts mehr zu spüren, wenn die Mächtigen auch diesen Bereich einfach nur übernehmen brauchen. Aber dass es keines BUND, NABU oder einer anderen Öko-NGO bedarf, um zu solchen "Fortschritten" zu kommen, sollte deutlich geworden sein. Die Umweltbewegten sollten sich wieder klarwerden, was sie erreichen wollen, was die Ursachen der Umweltprobleme sind, und ob der "Kuschelkurs" mit Politik und Wirtschaft diese Probleme bewältigen kann, damit Menschen selbstbestimmt in einer lebensfähigen Welt existieren können. (Klar gibt es im BUND oder NABU auch Leute, die eine andere Politik machen oder wollen, doch die Grundtendenz der Verbände äußert sich in der beschriebenen Art)

Was noch zum Elbe Report-Artikel zu bemerken ist: Neben dieser Gegenüberstellung von Kritik befindet sich ein äußerlich kritischer Text zur Windkraft ("Windkraft unterm Rad? - Branche ist Wirtschaftsfaktor, doch Kritik nimmt zu"). Doch außer dem ersten Absatz, in dem Kritikpunkte kurz genannt werden, wird nur einseitig auf die wirtschaftlichen Vorteile und Arbeitsplätze hingewiesen. Dass Windenergie eine Alternative beispielsweise zur Atomkraft sein soll, ist egal. Es zählen nur die bekannten Totschlag-Argumente (Wirtschaft und Arbeit). Und die werden beliebig interpretiert, je nachdem wie die Interessenlage gerade ist. ■

Plutonium und das Kartell des Schweigens

In Hanau und in der Elbmarsch liegen strahlende Kügelchen in Wohngebieten. Wissenschaftler etwa millimetergroße Kügelchen, die sie zufällig aus ihrer früheren Arbeit kannten. Diese so genannten PAC-Kügelchen sind in der kernphysikalischen Fachliteratur genau beschrieben. Sie bestehen aus einer harten Hohlkugel, die im Innern winzige Mengen unterschiedlicher Radionuklide enthält. Sie werden in der Kernspaltung und bei der Kernfusion verwendet oder entstehen dort. Unter diesen Radionukliden ist das berüchtigte Plutonium, das schon in kleinsten Mengen eine hohe Strahlengiftigkeit aufweist. Es gibt viele mögliche Verwendungszwecke für diese Kügelchen, nicht in einem Kernkraftwerk, wohl aber in einem Kernforschungszentrum wie der GKSS.

Am 14. Oktober ist es so weit: Da lädt der Bürgermeister von Marschacht in der Elbmarsch Fachleute und Bürger ein, um endlich zu erfahren, was in seinem Ort passiert. Denn Marschacht ist der Ort mit der höchsten Leukämierate unter Kindern. Rund zwei Jahre lang hat die schleswig-holsteinische Leukämiekommission nicht getagt. Und dies, obwohl immer noch umstritten ist, weshalb in der ländlichen Region an der Elbe in unmittelbarer Nachbarschaft zu dem Siedewasserreaktor Krümmel und der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffahrt und Schiffbau (GKSS) die weltweit höchste Leukämierate bei Kindern zu beklagen ist.

Doch jetzt liefern neue Untersuchungen neue - brisante - Erkenntnisse. Die Einrichtung der Leukämiekommission 1992 war eine Forderung der Grünen, als es um die Regierungsbildung in Schleswig-Holstein ging. Je konkreter die Untersuchungsergebnisse wurden, desto geringer war allerdings das Interesse der Regierung an der Fortsetzung der Aufklärung, ein eigenartiges Phänomen. Auch jetzt hält das Ministerium für Finanzen und Energie in Kiel es nicht für erforderlich, obwohl genau bekannt ist, dass seit Monaten erschreckende Messergebnisse vorliegen. Deshalb nehmen die Fachleute die Sache nun gemeinsam mit Bürgermeister Roth selbst in die Hand. Inzwischen wurden mit Unterstützung der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Nuklearkrieges - Ärzte in Sozialer Verantwortung sehr aufwändige Untersuchungen durchgeführt.

Das passt dem Ministerium nicht, aber eines kann sie nicht verhindern: dass die Leukämiekommission zum ersten Mal öffentlich tagt. Dadurch: haben sowohl die Bürger von Marschacht als auch Journalisten und Vertreter von Behörden, deren Dienstaufgabe es eigentlich wäre, sich um die Kernbrennstoffunde in der Elbmarsch zu kümmern, Gelegenheit, die unglaublichen neuen Untersuchungsergebnisse aus erster Hand zu erfahren und die angeblich nicht vorhandenen Kügelchen selbst unter dem Mikroskop zu betrachten.

Vor rund zwei Jahren haben erfahrene Wissenschaftler auf den Gebieten Kernphysik, Kernchemie und Kerntechnik, die sich in der Arbeitsgemeinschaft für Physikalische Analytik und Messtechnik (ARGE PhAM) zusammengeschlossen haben, in der Elbmarsch Bodenproben genommen. Danach konnten sie erleben, dass die schleswig-holsteinische Landesregierung wissenschaftlich unhaltbare Thesen über die Phänomene in der Elbmarsch verbreitete. In den Bodenproben wiederum fanden die

Wissenschaftler etwa millimetergroße Kügelchen, die sie zufällig aus ihrer früheren Arbeit kannten. Diese so genannten PAC-Kügelchen sind in der kernphysikalischen Fachliteratur genau beschrieben. Sie bestehen aus einer harten Hohlkugel, die im Innern winzige Mengen unterschiedlicher Radionuklide enthält. Sie werden in der Kernspaltung und bei der Kernfusion verwendet oder entstehen dort. Unter diesen Radionukliden ist das berüchtigte Plutonium, das schon in kleinsten Mengen eine hohe Strahlengiftigkeit aufweist. Es gibt viele mögliche Verwendungszwecke für diese Kügelchen, nicht in einem Kernkraftwerk, wohl aber in einem Kernforschungszentrum wie der GKSS.

Bis heute streiten die schleswig-holsteinische Regierung und die GKSS ab, dass überhaupt irgendwo auf der Welt oder in der Kernphysik diese PAC-Kügelchen existieren. Natürlich will die GKSS auch niemals mit solchen Kügelchen gearbeitet haben. Die Gesellschaft für Reaktorsicherheit hat auf Anfrage aus dem Umweltministerium allerdings kürzlich bescheinigt, dass PAC-Kügelchen großtechnisch in Hanau hergestellt wurden. Wir haben eine Menge von Fachliteratur zu den Kügelchen gefunden - weshalb wird dann so offensichtlich gelogen?

Vom Forschungszentrum, vor dessen Tür die Kügelchen in Wohngebieten liegen, ebenso wie von dem zuständigen Ministerium?

Wir haben bereits darüber berichtet, dass eine plausible Erklärung zur Herkunft der Kügelchen weit in die Grauzone zwischen Grundlagenforschung und Atomwaffenentwicklung hineinreicht. Sogar das Ministerium für Staatssicherheit der DDR ist damals auf die eigenartigen Aktivitäten in Norddeutschland aufmerksam geworden und war darüber einigermaßen beunruhigt. Die Wissenschaftler von der ARGE PhAM haben bei ihren sehr genauen Untersuchungen der Kügelchen eine Reihe von Isotopen gefunden, die überhaupt nicht aus Kernkraftwerken oder normalen Forschungsreaktoren, wohl aber aus militärischen Entwicklungen mit schnellen Neutronen stammen können. Wenn in dem Kernforschungsinstitut GKSS tatsächlich an atomaren Mikroexplosionen gearbeitet wurde, so wäre es durchaus plausibel, dass von den Politikern und den beteiligten Forschungsinstitutionen niemand darüber reden möchte (es gibt schließlich viele Paragraphen, die eine deutsche Atombombe verhindern sollen).

Das gilt umso mehr, als dabei etwas schief gegangen sein muss - anders wäre es nicht zu erklären, dass heute kernbrennstoffhaltige Kügelchen in der Umgebung der GKSS auf der Straße herumliegen. Dummerweise scheint nicht nur etwas schief gegangen, sondern auch noch über viele Jahre verschwiegen worden zu sein - sehr peinlich, das nun zugestehen zu müssen. Es ist fast gleich fatal, ob die

Aufsichtsbehörden es nur nicht gemerkt haben oder ob sie die Bürger bewusst in Unwissenheit über die bestehende Gefahr gehalten haben. Ganz ähnlich befinden sich nun kritische Gutachter wie die Wissenschaftler des Öko-Instituts in der Zwickmühle, die in der Elbmarsch und in Hanau tätig waren, aber nichts Besonderes gefunden haben.

Jetzt die Existenz der Kügelchen zuzugestehen bedeutet, bei früheren Einsätzen unaufmerksam gewesen zu sein und vorschnell Entwarnung signalisiert zu haben. Selbst Journalisten, die sich gerne kritisch zur Atomenergie äußern, haben Schwierigkeiten. Messen können sie selber nie. Sie müssen bei kritischen Fachleuten nachfragen, wenn sie ein Problem wittern. Sie haben sich oft erfolgreich auf das Öko-Institut bezogen, also rufen sie auch in diesem Fall dort an und stoßen auf die genannte Zwickmühle. Da der Umstand, sich in der Fachliteratur selbst sachkundig zu machen (was im Prinzip für Fachjournalisten schon möglich wäre), zu aufwändig ist, packen sie das Thema beiseite.

Unter diesen schwierigen Bedingungen sind die wenigen journalistischen Beiträge, die die Kügelchen ernst nahmen, hoch anzuerkennen. Diese Journalisten riskieren um der Wahrheit willen ebenso ihre Reputation und ihren Job wie die Wissenschaftler aus der Kernphysik und Kernchemie, die normalerweise solche kritischen Gedanken über die eigene Zunft nicht denken, schon gar nicht offen aussprechen. Solche Verhaltenszwänge werden umso verrückter, je genauer die vorgelegten Fakten werden.

Kommen wir zurück zu der besonderen Sitzung der Leukämiekommission in Marschacht. Wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören wird nach dieser Sitzung nicht mehr in Frage stellen, dass die PAC-Kügelchen tatsächlich existieren und dass sie irgendwo herumliegen, wo sie definitiv nichts verloren haben - und dies aus einem einfachen Grund: In den vergangenen Wochen gelang es den Wissenschaftlern der ARGE PhAM, durch eine noch genauere Untersuchung der Bodenproben - etwa in der Art des Goldwaschens - winzigste Kügelchen im Boden aufzustöbern, die sich normalerweise im Innern der PAC-Kügelchen befinden sollten. Diese Mikrokügelchen haben Durchmesser zwischen 10 und 50 Mikrometern. Sie sind mit dem bloßen Auge nicht mehr erkennbar und können leicht mit einem Lufthauch wie Staubkörnchen in Bewegung gesetzt werden. Es besteht deshalb eine reale Gefahr, dass man diese winzigen Partikel einatmet, ohne es zu ahnen. Die ARGE PhAM hat erste Analysen dieser Mikropartikel durchgeführt. Das Ergebnis ist erschreckend. Sie enthalten zu einem erheblichen Teil Plutonium, Americium und Curium, radioaktive Substanzen, die man gerade nicht einatmen sollte. Elektronenmikroskopische Aufnahmen zeigen eine fußballartige Struktur dieser

Mikrokügelchen - sie ist aus der Literatur gut bekannt.

Wir könnten angesichts der schamlosen Lügen, des bedenkenlosen Inkaufnehmens von Leukämieerkrankungen, des Schweigens, der Mittäterschaft staatsloyaler Wissenschaftler, die das nicht finden, was sie nicht finden sollen, verzweifeln. In der Geschichte der Wissenschaft kennen wir glücklicherweise zahlreiche Fälle, in denen die Minderheit Recht hatte und die Mächtigen und die Mehrheit der Kollegen mit allen Mitteln, aber letztlich vergeblich versucht haben, die Wahrheit zu unterdrücken. Heute hat man immerhin gelernt, dass Scheiterhaufen keinen guten Eindruck machen. Es reicht schließlich, Gutachten, Forschungsbudgets und Professorensessel an die Loyalen zu vergeben, es gibt ja genug von ihnen. Andererseits könnte die ganze Wahrheit über die strahlenden Kügelchen auch ans Licht kommen - und dies schneller, als viele heute noch glauben oder hoffen.

VON SEBASTIAN PFLUGBEIL

erschieden im Publik-Forum o NR. 19 o 11. Oktober 2002

Sebastian Pflugbeil ist promovierter Physiker und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Strahlenschutz. Als Umweltminister schaltete der Bürgerrechtler in der letzten DDR-Regierung das Atomkraftwerk Lubmin bei Greifswald ab.

"Löwenzahn"

ein neues Projekthaus in Magdeburg

- Wir wollen ein neues Hausprojekt in Magdeburg-Buckau in Angriff nehmen.
- Dieses Haus soll ökologisch saniert und ausgebaut sein - also naturverträgliche Baustoffe, gute Isolierung, Solarkollektoren zur Wärmeerzeugung und Ökostrom per Photovoltaik. Und das sind nur einige Ideen.

- Wir wollen in diesem Haus wohnen - zusammen und gemeinschaftlich, nicht nebeneinanderher wie in den meisten Häusern. Und wir wollen dort auch politisch und künstlerisch tätig werden.

- vielleicht entwickelt sich daraus ja auch eine Projektwerkstatt - eine Räumlichkeit, wo Leute einfach hinkommen und was tun, wenn sie grad Lust darauf haben. Ein Ort, der die Infrastrukturen für aktives Handeln bereitstellt.

- Eine ganze Menge Ideen für Projekte in diesem Haus haben wir schon.
- Beispielsweise die offene Kleinkunstbühne, ein alternatives Stadtteilkino, den Ökogarten oder das offene Büro.

- Wenn du Lust hast, am Basteln dieser Projekthausidee mitzuwirken, melde dich bei uns oder komme zu unserem nächsten Treffen (siehe Terminkalender S. 19).

Kontakt über:

Infotelefon 01 62-860 89 49
 infoladen@magdeburg.gruenes-
 blatt.de

17 Jahre danach - Tschernobyl mahnt

sb 26. April 2003. Es ist Samstag. Nachmittag. Die Einkaufstempel der Innenstadt haben ihre Tore noch weit für alle Konsumsüchtigen geöffnet. Doch als die Greenkids an diesem Nachmittag auf dem Alten Markt anfangen ihren Stand aufzubauen, sieht mensch nur erstaunlich wenig Leute durch die Gegend hetzen. Was ist nur los?! Immer wenn wir uns mal über Menschenmengen in der Stadt freuen würden sind keine da! Haben etwa die paar grauen Wolken am Himmel die Menschen verschreckt in ihre Häuser getrieben?

Recht haben sie irgendwie. Wolken können schon ziemlich unangenehm sein. Besonders wenn sie nicht nur Wasser, sondern auch radioaktiven Staub mit sich tragen - zum Beispiel aus Tschernobyl in der

Ukraine, so geschehen vor 17 Jahren. Dort ereignete sich am 26. April 1986 im Block 4 des AKWs ein folgenschwerer Unfall. Aus nicht ganz geklärten Gründen überhitzte sich die Temperatur im Reaktor bis er schließlich explodierte. Das radioaktive Material wurde in die Luft geschleudert und verbreitete sich über die Atmosphäre rund um den Globus.

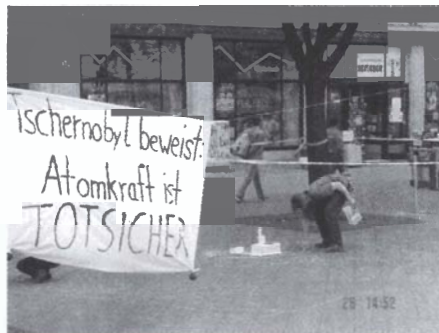
An dieses tragische Ereignis zu erinnern halten die Greenkids auch 17 Jahre nach der Katastrophe noch für wichtig. Schließlich starben infolge dieses schrecklichen Unfalls bis heute weltweit zehntausende Menschen. Es ist wichtig öffentlich klar zu machen, dass sich ein ähnliches Unglück jederzeit in einem der anderen 433 AKWs auf dieser Erde ereignen könnte. Keine dieser Anlagen ist wirklich sicher und die Folgen nuklearer Unfälle derart verheerend und unvorhersehbar, dass selbst das sogenannte "Restrisiko" nicht zu verantwortende Gefahren birgt.

Mit einer kreativen Aktion versuchten wir die Geschehnisse von damals im Groben nachzustellen, damit die Geschichte nicht unter dem Kapitel "lange her und vorbei" abgehakt und vergessen wird, sondern als noch immer bestehende und schnellstens zu beseitigende Gefahr gegenwärtig und begreiflich bleibt.

Dazu malten AktivistInnen der Greenkids eine Weltkarte auf den Boden zwischen ein paar Bänken vor dem Alten Markt und platzierten ein kleines Tschernobyl-AKW in der Ukraine. Über Megaphon wurde erzählt, wie es vor 17 Jahren zu dem Unfall kam. Plötzlich ein Knall, Rauch steigt aus dem Mini-Reaktor, wenig später ertönt eine Sirene. Das Unfassbare ist geschehen: Ein Block des AKW in Tschernobyl ist explodiert und hat sein strahlendes Inventar in die Atmosphäre entladen. Radioaktive Stäube werden mit den Luftmassen

davongetragen.

Während die PassantInnen von diesen Ereignissen berichtet bekommen, ziehen AktivistInnen eine Absperrung rund um den "Erdball". Auch die auf den Bänken sitzenden Menschen befinden sich plötzlich zu ihrer größten Verwunderung mitten in einer Sperrzone. Dann wird in der Weltkarte der Weg eingezeichnet, den die "Wolke" in den Tagen nach der Katastrophe nahm - zweimal zog sie um den Globus und ließ ihre strahlenden Stäube überall herniederrieseln. Am Ende weisen entsprechende Kreidebotschaften darauf hin, dass Großteile der Erde zum nuklear verseuchten Gebiet erklärt worden sind.



Nach dieser Aktion, die auf unser Anliegen aufmerksam machen sollte, wurden außerdem noch Flugis mit Informationen zu Tschernobyl im Speziellen und zu Gefahren der Atomenergienutzung im

Allgemeinen an die BürgerInnen verteilt. Auch konnten Interessierte an unserem Infotisch speziellere Informationen erhalten oder auch einfach in ein Gespräch über die Atom-Problematik kommen. Dieses Angebot wurde leider faktisch nicht genutzt. Vermutlich hatte bei dem einsetzenden Nieselregen niemand mehr wirklich Lust, sich noch länger im Freien aufzuhalten. Schließlich kapitulierten auch wir vor dem schlechten Wetter und der nicht mehr vorhandenen Resonanz durch PassantInnen, die nur noch vereinzelt umherliefen.

Irgendwie hatten wir wohl einfach etwas Pech mit diesem grauen Tag, der nicht allzuvielen Menschen in die Innenstadt gelockt hatte. Trotzdem konnten auch an diesem Nachmittag wieder Menschen angesprochen und auf die Gefahren der Atomtechnologie aufmerksam gemacht werden. Schade nur, dass sich von diesen Menschen keineR zu der Infoveranstaltung verirrt, die am Abend im eine-Welt-Haus stattfand. Dort wurden verschiedene Theorien zum Hergang der Katastrophe von Tschernobyl vorgestellt und diskutiert. Auch ein Video wurde gezeigt.

Selbst wenn der "Erfolg" dieses Aktions-Tages eher als bescheiden zu bezeichnen ist, war es doch wichtig dieses Stück Geschichte wieder "auszugraben" und öffentlich zu thematisieren. Das zeigte uns zum Beispiel das zum Teil erschreckende Unwissen der angesprochenen BürgerInnen über Tschernobyl und dessen Folgen. Vor allem jüngere Menschen wissen kaum noch, dass diese Katastrophe überhaupt stattgefunden hat. Deshalb wird es sicher auch im nächsten Jahr wieder Veranstaltungen zum Tschernobyl-Tag geben, damit die Gefahren der Atomtechnologie in den Köpfen der Menschen bewusst bleiben (oder es irgendwann mal werden) und sich möglichst viele aktiv gegen diese lebensbedrohende Technologie und für eine strahlenfreie Zukunft einsetzen.

Moratorium am Ende?

Glaubt man der Bundesverbraucherministerin Renate Künast, so steht das De-facto-Moratorium der Europäischen Union über die Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen kurz vor seinem Ende. Anfang März dieses Jahres sprach die Ministerin davon, dass es bereits im Sommer neue Zulassungen für Gentech-Pflanzen geben könne.

Seit 1998 waren in der EU keine solchen Pflanzen mehr für die kommerzielle Nutzung zugelassen worden. Auch neue Zulassungen von Produkten mit gentechnisch (gv) veränderten Organismen hat es in dieser Zeit nur sehr wenige gegeben. Zuletzt, im Dezember des vergangenen Jahres, wurden zwei Öle zugelassen, die aus den Samen gentechnisch veränderter Baumwolle hergestellt werden. Am Anfang des Moratoriums stand die Forderung von fünf Mitgliedsstaaten der Union, die Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzensorten so lange auszusetzen, bis es eine neue Gesetzgebung gibt.

Die neue Freisetzungsrichtlinie der EU
Mittlerweile sind manche dieser neuen gesetzlichen Regelungen bereits in Kraft, so zum Beispiel die neue Freisetzungsrichtlinie (seit Oktober 2002). Diese regelt in erster Linie die versuchsweise und kommerzielle Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen. Sie muss von den Mitgliedsstaaten in nationales Recht überführt werden. In Deutschland wird dies im Rahmen der jetzt anstehenden Novellierung des Gentechnik-Gesetzes geschehen.

Nahrungs- und Futtermittel

Andere Regelungen befinden sich noch im Gesetzgebungsverfahren der EU, zum Beispiel eine Verordnung für Nahrungs- und Futtermittel. Ihr zufolge erhalten gentechnisch veränderte Pflanzensorten in Zukunft nur noch die Zulassung als Nahrungs- und Futtermittel oder gar nicht. Die Europäische Union zieht hiermit die Konsequenz aus dem Starlink-Debakel, das in den Vereinigten Staaten seinen Anfang nahm und bei dem mehr als dreihundert Lebensmittel-Produkte aus den Geschäften zurückgerufen werden mussten. Sie waren mit der nur als Futtermittel zugelassenen gv-Maissorte Starlink verunreinigt. Die neue Verordnung soll die so genannte Novel-Food-Verordnung ersetzen. Neben der ausschließlichen Zulassung als Nahrungs- und Futtermittel wird in Zukunft eine Kennzeichnung notwendig sein, unabhängig von der Tatsache, ob in dem Produkt die gentechnisch veränderte DNA oder ein entsprechendes Eiweiß nachweisbar ist.

Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung

Um die neuen Ansprüche praktikabel zu gestalten, soll es in Zukunft eine weitere Verordnung geben, die die

Kennzeichnung regelt. Mit dieser sollen auch gegebenenfalls notwendige Rückrufaktionen von Produkten erleichtert werden, da die Verordnung auch die Rückverfolgbarkeit der Bestandteile eines Lebensmittels abdeckt. Außerdem zielt sie auf eine Erleichterung der Beobachtung von möglichen Umwelteinwirkungen. Wie bei der Verordnung zu Nahrungs- und Futtermitteln sind das EU-Parlament und der Ministerrat (Zusammenkunft der zuständigen Fachminister aus den Mitgliedsstaaten der Union) am Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Ein zentraler Punkt ist der Schwellenwert, ab welcher Verunreinigung ein Produkt mit "enthält genetisch veränderte Organismen" gekennzeichnet werden muss. Das Parlament hat in erster Lesung für einen Grenzwert von 0,5 Prozent votiert. Der Rat stimmte für 0,9 Prozent.



„Wir sind mit unseren Experimenten gerade noch rechtzeitig fertig geworden, Professor!“

Saatgutverunreinigungen mit gentechnisch veränderten Sorten

Eines der umstrittensten Themen ist die Frage nach der erlaubten Verunreinigung von konventionellem oder auch ökologischem Saatgut durch gentechnisch veränderte Sorten. Da das Saatgut am Beginn der Nahrungs- und Produktionskette steht, kommt ihm eine besondere Bedeutung zu: Kommt es an dieser Stelle bereits zu bedeutenden Kontaminationen, wird es im weiteren Verlauf der Produktion der Nahrungs- und Futtermittel um so schwieriger, niedrige Grenzwerte einzuhalten. Abgesehen davon ist es im ökologischen Landbau nach einer anderen EU-Regelung verboten, gentechnisch veränderte Materialien zu verwenden (was sich nicht nur auf Saatgut bezieht). Formell wird dieser Grenzwert in einem Verfahren zwischen der Kommission und einem technischen Ausschuss festgelegt, was vermutlich noch vor dem Sommer geschehen wird. Es gibt von verschiedenen Seiten unterschiedliche Vorschläge für den anzusetzenden Grenzwert: Die Kommission zum Beispiel zielte auf Werte, die - je nach Nutzpflanze - zwischen 0,3 und 0,7 Prozent liegen. Das Saatgut muss aber weitestgehend von den Verunreinigungen mit Gentech-Sorten frei gehalten werden, gerade weil es am Beginn der Produktionskette steht. Dass dies möglich ist, zeigt das

folgende Beispiel: In Österreich gilt seit Beginn des Jahres 2002 ein sehr restriktives Reinheitsgebot für Saatgut. Es orientiert sich an der Nachweisgrenze für das gentechnisch veränderte Material und Prüfungen, die am Ende des selben Jahres durchgeführt wurden, haben deutlich gezeigt, dass diese Regelung praktikabel ist.

Wahlfreiheit und Koexistenz

Auch nach einer eventuellen Einführung von gentechnisch veränderten Organismen in Europa, muss es möglich sein, eine Landwirtschaft beziehungsweise eine Lebensmittel-Produktion aufrechtzuerhalten, die ohne Gentechnologie arbeitet. Landwirtinnen und Landwirte, aber auch Konsumentinnen und Konsumenten müssen sich frei entscheiden können. Um dieses Ziel zu erreichen gilt es, die Koexistenz zu gewährleisten und dabei zu beachten, dass die dafür notwendigen Vorkehrungen zu Lasten derer gehen, die von der neuen Technologie Gebrauch machen wollen. In verschiedenen europäischen Ländern sind wissenschaftliche

Studien zu Fragen der Koexistenz von Gentech-freier und Gentech-verwendeter Landwirtschaft erstellt worden: Die Maßnahmen, um die Koexistenz zu gewährleisten, sind je nach Pflanzensorte mehr oder weniger aufwändig. Es handelt sich dabei zum Beispiel um die Einrichtung von Abstandsregelungen und Pufferzonen, aber auch um Pollenbarrieren und veränderte

Anbaumethoden. Diese Maßnahmen sind sicherlich unverzichtbar, ob sie jedoch auf Dauer ausreichen, bleibt unklar.

Alle diese Regelungen sind in ihrer praktischen Umsetzung aber von einem Punkt abhängig: Wenn etwas nicht so läuft wie geplant, wenn es trotz Abstandsregelungen und veränderter Anbau-Praxis trotzdem zu Auskreuzungen kommt, müssen klare Haftungsregelungen festgeschrieben sein, die die Verursacher von Schadensfällen - egal, ob an privatem Besitz oder an der biologischen Vielfalt - in die Pflicht nehmen. Ein Krieg auf den Dörfern muss verhindert werden. Verbraucherministerin Künast hat deutsche Haftungsregeln angekündigt. Eine nationale Regelung ist im Vergleich zu einer europäischen Lösung sicherlich nicht ideal, aber in der Sache ist die Forderung klar: Die Verursacher müssen zahlen.

Gen-ethisches Netzwerk,
Brunnenstr. 4, 10119 Berlin,

Tel.: 030-685 7073,

Fax: 030-684 11 83,

Mail: gen@gen-ethisches-netzwerk.de,

Internet: <http://www.gen-ethisches-netzwerk.de>

Spendenkonto:

KNr.: 144 99 102, BLZ: 100 100 10,

Postbank Berlin

Datum	Veranstaltung	Info bei
06.-08.06.2003	"Pfungstweekenende" in Halle zusammen mit [solid]	NAJU
06.06.2003	17.00 Redaktionssitzung grünes blatt 3-03 im Greenkids-Büro	grbl
06.06.2003	18.00 Vorbereitungstreffen für den Hiroshima-Tag im Rahmen des Greenkids-Treffens im Büro	GK
07.06.2003	11.00 Exkursion zum Niegripper See; Treffpunkt mit Rädern vorm GK-Büro	GK
21.06.2003	11.00 Exkursion "Große Sülze"; Treffpunkt mit Rädern: Endhaltestelle der 3 & 4 in Olvenstedt	GK
02.07.2003	18.00 Infoabend "Klima" im Thiembuktu	GK
05.07.2003	11.00 Gewässergütebestimmung am Schrottestau; Treffpunkt: Endhaltestelle der 6 in Diesdorf	GK
09.07.2003	18.00 Vortrag zum Schutz der Elbe mit Ernst-Paul-Dörfler im Thiembuktu	GK
14.-18.07.2003	Seminar "Kräuterhexen" im Kreis Wernigerode	NAJU
19.07.2003	11.00 Exkursion entlang der Schrote; Treffpunkt: Endhaltestelle der 6 in Diesdorf	GK
19.07.2003	16.00 Vorbereitungstreffen zur Atomstrom-Aktion im Greenkids-Büro	AntiCastorMD
21.-25.07.2003	Survival-Seminar in Blumenthal bei Burg	NAJU
26.07.2003	12.00 Atomstrom-Aktion in der Innenstadt	AntiCastorMD
28.07.-01.08.2003	Fließgewässer-Seminar "Kurvenreich ist sexy" in MD	NAJU
02./03.08.2003	Zukunftswerkstatt in Blumenthal bei Burg	GK
02.08.2003	11.00 Besichtigung Storchenhof Loburg; Treffpunkt am Hbf Magdeburg	GK
04.-08.08.2003	Seminar "Von der Weide zum Korb" in Wittenberg	NAJU
06.08.2003	Hiroshima-Tag - 15.00 Aktion in der Innenstadt	GK
06.08.2003	18.00 Infoveranstaltung "Erinnerung an das Inferno"	GK
08.08.2003	18.00 Vorbereitungstreffen "Castor durch Magdeburg" im Thiembuktu	AntiCastorMD
11.-15.08.2003	Jugendleitersausbildung in Magdeburg	NAJU
16.08.2003	11.00 Exkursion in den Stadtpark; Treffpunkt mit Rädern vorm GK-Büro	GK
27.08.2003	18.00 Infoabend zum Treibhauseffekt im Thiembuktu	GK
03.09.2003	18.00 Infoveranstaltung "Selbstorganisation im Alltag" im Thiembuktu	GK

Adressenliste:

AntiCastorMD

c/o BUND
Olvenstedter Str. 10
39108 Magdeburg
Tel.: 01 62-860 89 49
AntiCastorMD@gmx.de
www.antiatom.de/magdeburg

BI OFFENE HEIDE:

Bürgerinitiative OFFENE HEIDE
Helmut Adolf
Vor der Teufelsküche 12
39340 Haldensleben
Tel.: 03 904/4 25 95
Fax: 03 904/46 49 33

BlaueWeltArchiv & Thiembuktu:

Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg
Tel.: 03 91/408 290 81 (BWA)
bzw. 400 33 67 (Thiembuktu)
Fax: 03 91/408 290 82 (BWA)
BlaueWelt-Archiv@web.de
http://www.bwa.black-red.de

BUND & BUJU:

Bund für Umwelt und Naturschutz Sachsen-Anhalt e.V.
Landesgeschäftsstelle
Olvenstedter Str. 10
39108 Magdeburg
Tel.: 03 91/54 33 361 (BUND)
bzw. 5 44 09 78 (BUJU)
Fax: 03 91/54 15 270
bzw. 5 41 52 69 (BUJU)
bund.sachsen-anhalt@bund.net
www.bund-sachsen-anhalt.de

Greenkids:

Greenkids Magdeburg e.V.
PF 32 01 19, 39040 Magdeburg
Hausanschrift:
Thiemstr. 20, 39104 Magdeburg
Tel.: 01 62/78 68 204
mail@greenkids.de
www.greenkids.de

Infoladen-MD:

Vernetzung emanzipatorischer
Gruppen in Magdeburg
Infotelefon: 01 62-860 89 49
infoladen@magdeburg.gruenes-blatt.de
http://magdeburg.gruenes-blatt.de

NAJU:

Naturschutzjugend im NABU LSA
Landesgeschäftsstelle
Schleierwälder 18a, 39104 Magdeburg
Tel.: 03 91/54 37 37 5
Fax: 03 91/56 19 349
mail@naju-lsa.de
www.naju-lsa.de

ÖZIM:

Öko-Zentrum und -Institut
Magdeburg e.V.
Harsdorfer Str. 49, 39110 Magdeburg
Tel.: 03 91/7 31 59-80
Fax: 03 91/7 31 59-82
oezim@t-online.de
www.oezim.here.de

Löwenzahn:

Löwenzahn e.V.
Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg
Tel.: 01 62-860 89 49
mail@projekthaus-loewenzahn.org
http://projekthaus-loewenzahn.org

Regelmäßige Termine

Mahnwache gegen den Krieg:
montags, 17⁰⁰, Ecke Ernst-
Reuter-Allee/Breiter Weg
[Friedensbewegung MD]

ATTAC-Plenum:

2. Montag im Monat, 19⁰⁰,
eineWelt-Haus, Schellingstr.
[ATTAC]

Vernetzungstreffen emanzipa-
torischer Gruppen MDs:
3. Dienstag im geraden Monat,
17⁰⁰, BUND-Seminarraum
[Infoladen-MD]

Blaue Welt Archiv

(BWA):
mittwochs, 17⁰⁰ bis
19⁰⁰
[BWA]

Treffen Uni-
Friedensgruppe:
mittwochs, 17⁰⁰,
Lattéda, Erbergstr.
[Uni-Friedensgruppe]

Café im Thiembuktu:
mittwochs und
sonntags, 20⁰⁰
[Thiembuktu]

Friedensini Magdeburg:
1. Donnerstag im Monat, 19⁰⁰,
BUND-Seminarraum
[Frieden jetzt!]

['solid]-Infostand
Donnerstag nach dem 1.
Freitag im Monat, 16⁰⁰-18⁰⁰ in
der Innenstadt
['solid]

offenes Café:
2. Und 4. Freitag im Monat,
18⁰⁰, Thiembuktu
[Greenkids / AntiCastorNetz]

Greenkids-Treffen:
1. Freitag im Monat, 18⁰⁰,
Büro
[Greenkids]

['solid]-Treffen:
1. & 3. Freitag im Monat,
20⁰⁰, Ebendorfer Str. 4
['solid]

Löwenzahn-Treffen:
3. Freitag im Monat, 18⁰⁰,
Thiembuktu
[Löwenzahn]



DAS MUSS MAN NICHT GIBER SO PÄNÄCHERISCH BROTHERSSEER NEHMEN, WAR VERBODEN MIT ETWAS DUNN
GEBENWERT FÜR FREDERIKUSST

Die Naturschutzkampagne der Greenkids

fb Dieses Jahr wollten wir wieder verstärkt in die Natur. Die Bachpatenschaft am Schrottestau hatten wir ja schon eine Weile vernachlässigt, weil daran wenig Interesse bestand. Trotzdem sind einige motiviert, wieder Exkursionen und Arbeitseinsätze zu unternehmen. Wenn auch nicht nur am Schrottestau.

Zwei Exkursionen gab es bereits, viele weitere sind geplant. Bei der ersten waren wir mit Dr. Fischer, einem NABU-Aktivisten, im Herrenkrugpark und dem Biederitzer Busch unterwegs. Trotz des wechselhaften Wetters waren wir zeitweise zu neunt. Auch die Art und Weise, wie unser Fachmensch uns die Natur nahebrachte, war sehr angenehm.

Geplant sind noch einige Fahrradexkursionen, zum Beispiel in den Stadtpark oder zum Niegripper See, die wir gemeinsam mit dem ADFC unternehmen. Bei vielen unserer Unternehmungen erhalten wir auch fachliche Unterstützung vom Magdeburger Umweltamt.

Im Rahmen des Elbe-Saale-Camps, das auch von den Greenkids inhaltlich unterstützt wird, beteiligen wir uns an einer öffentlichen Aktion in Magdeburg. Außerdem ist eine Besichtigung des Storchenhofs Loburg geplant und eine Vogelartenbestimmung am Schrottestau. Nicht zu vergessen die Bestimmung der biologischen und chemischen Gewässergüte des Biotops.

Auch Vorträge gab oder gibt es noch in diesem Jahr. Den Anfang bildeten die Veranstaltungen "Wald in Sachsen-Anhalt" und "Gefährdete Arten in Magdeburg". Zum Ende des Jahres folgt ein Abend zur "Ökologischen Landwirtschaft". Auch am Jahresende ist eine Pflanzung gemeinsam mit dem Umweltamt des Ohrekreises an der Großen Sülze geplant.

Die genauen Termine könnt ihr der Übersicht im grünen blatt auf Seite 19 entnehmen oder im Internet auf www.Termine-Online.NET erfahren.